



Der Gradmesser der Demokratie.

Das Parlament ist seit fast drei Monaten in den Ferien und es soll noch etwa ein Monat vergehen, ehe es wieder zusammentritt. Daß das Parlament endlich wieder zu Worte komme, damit lassen sich die Kulissenhändler der Börsen gehörig freuen. So kraftlos auch der Wille des Volkshauses ist, er erscheint ihnen noch immer lästig genug, als daß sie ihm für seine Wirksamkeit mehr Zeit einräumen würden, als gerade zur geschäftsmäßigen und mechanischen Erledigung der „Staatsnotwendigkeiten“ notwendig ist. Wäre der Sinn der Bevölkerung nicht so abgestumpft, sein Glaube an das Parlament nicht so erschüttert, so hätte in diesen Tagen längst der stürmische Ruf nach Einberufung des Parlamentes erklingen müssen. Aber die seit seinem Bestande betriebene systematische Schwächung seines Einflusses und seiner Wirksamkeit, hat die Bevölkerung gegen die Wirkungsmöglichkeiten des Parlamentes in Apathie versinken lassen. Wozu die Reaktion in Oesterreich immerhin fast Jahrzehnte gebraucht hat: den Parlamentarismus auszuhöhlen und die Hoffnungen auf seine Wirkungsmöglichkeiten auf ein Mindestmaß herabzuschrauben, das ist den Lenkern dieses neuen Staates schon in wenig mehr als zwei Jahren gelungen. Die Art, wie man hierzulande die Demokratie auffaßt, dafür bietet die Stellung, die dem Parlament im Verfassungsleben eingeräumt ist, den sichtbarsten Gradmesser.

In dem Geiste der Mißachtung des Parlamentes ist auch der jetzt sichtbare Widerstand gegen die Einberufung des Parlamentes zu verstehen. Kaum irgendwem wäre es so dringend geboten gewesen, daß das Parlament seine Stimme erhebe, wie gerade jetzt. Eine Krise, wie sie kaum noch je da war, hat das Getriebe unserer Wirtschaft erfasst, zahlreiche Fabriken stillgelegt und viele zehntausende Arbeiter und Angestellte arbeitslos gemacht. Statt unverzüglich die beiden Häuser zusammentreten zu lassen, damit sie beraten, wie Krise, Teuerung und Arbeitslosigkeit so weit als möglich im Rahmen des Staates zu mildern wären, hat die Regierung es selber übernommen, die Krise zu bannen, aber das einzige, was sie bisher tat, war, an die Bürger des Staates einen — Aufruf zu erlassen. Sie ruft darin alle zur „Einigkeit“, zu „Sparbarkeit“ und zur Verbilligung der Produkte, mahnt, bittet, droht und beschwört. Mit der Abfassung dieses erbaulichen Schriftstückes glaubt sie die ihr auferlegte Pflicht erfüllt zu haben. Sie selber hat sich dieser gerühmten Einigkeit nicht angeschlossen, ihren Willen zur Sparbarkeit hat man anlässlich der Manöver gesehen, da sie den Militarismus ungezählte Millionen frucht- und nutzlos vergeuden ließ, und die Mahnung zur Verbilligung und zur Bekämpfung der Teuerung hat sie nur dadurch unterstützt, daß sie bisher auch nicht um einen Heller Steuern, Eisenbahntarife, Fracht- und Postgebühren, sowie die Preise ihrer Monopolerzeugnisse herabsetzte. Die andern sollen verbilligen, sie selbst hat nur Mahnungen zur Moral übrig. Wohl versprach sie, dem Abgeordnetenhaus eine Reihe von Vorlagen zu unterbreiten, welche eine Herabsetzung der Kohlensteuer, eine Regelung der Kündigungsfrist der Angestellten, die Einsetzung einer Kontrolle bei Schließung von Fabriksbetrieben bezwecken sollen, und manches andere mehr, aber sie läßt ihrer Ankündigung nicht die Tat folgen und beruft das Parlament nicht ein, um noch rechtzeitig die entsprechenden Befehle wirksam werden zu lassen. So geschieht nicht einmal das Wenige, das zu versprechen sich die Regierung aufschwüngen vermochte. Auch die außenpolitischen Vorgänge der letzten Wochen wurden es dringend erheischen, daß die Stimme des Parlamentes gehört werde, aber die Regierung schert sich den Teufel darum, wirtschaftlich absolutistisch nach Herzenslust und beläßt das Parlament im beschaulichen Schlafe. Und als Ordnung des Ganzen: während sich der Staat in den heftigsten Krämpfen der Krise windet, weißt der Ministerpräsident des Staates, Herr Dr. Benesch seit Wochen in Genf und gebent vorläufig auch nicht, von dort zurückzukehren.

Der Orientkonflikt.

England zum bewaffneten Schutz der Dardanellen entschlossen.

London, 16. September. (Reuter.) In einer Rede in New Castle erklärte der Staatssekretär des Innern, Shortt, Großbritannien, Frankreich und Italien seien entschlossen, die Freiheit der Dardanellen und des Bosporus zu schützen. Es sei so gut wie sicher, daß mehr Truppen nach dem Orient geschickt werden müßten, aber wieviel Truppen auch nötig seien, um Mustafa Kemal Pascha zu hindern, nach Europa zu kommen, sie würden zur Stelle sein. Wenn England eine Schlappe erlitt, so würde es das schlimmste sein, was seiner Herrschaft im Oriente widerfahren könnte. England müsse verhindern, daß seine Autorität in Indien und Ägypten Schaden erleide.

Gibraltar, 17. September. (Sabas.) Das erste Bataillon des Nordens der Grafenschaft Stafford soll unverzüglich von Gibraltar abgehen. Man glaubt zu wissen, daß es gegen Konstantinopel geht.

Die englischen Dominions zur militärischen Hilfe bereit.

Melbourne, 17. September. (Reuter.) Nach Beratungen mit dem Kabinett teilte Hughes mit, daß die australische Regierung bereit sei, Truppenkontingente in den nahen Osten zu entsenden, falls dies notwendig sein sollte.

London, 17. September. (Sabas.) Neuseeland hat die Aufforderung der britischen Regierung auf Entsendung eines Seeerkontingentes nach Kleinasien angenommen.

London, 18. September. (Sabas.) Wie „Daily Mail“ aus Kapstadt meldet, wird die südafrikanische Union kaum Truppenabteilungen zur Verstärkung nach den Dardanellen entsenden. Wie dasselbe Blatt aus Ottawa (Kanada) meldet, wird das Parlament zu einer Sonderprüfung einberufen werden, um sich mit der Frage zu befassen, ob Truppen in die Levante entsendet werden sollen.

Die französische Presse gegen eine bewaffnete Intervention.

Paris, 17. September. (Sabas.) Die Blätter verteidigen darauf, daß Frankreich und Italien mit England darin einig seien, von Kemal Pascha zu verlangen, daß die neutrale Zone geschützt werde. Die Alliierten halten ferner übereinstimmend die Rückgabe Konstantinopels an die Türkei für unerlässlich. Andererseits aber betonen die Blätter, daß Frankreich und Italien der britischen Regierung keinerlei andere Zusicherung gegeben haben, daß der französische Regierung viel daran liege, genau darzulegen, daß die bisher ergriffenen Maßnahmen ihrer Einberufung. Nach jeder Session kann man in den Blättern der Mehrheit gute Vorsätze in Menge lesen. In einer Anwendung von Scham beteuern sie, daß es, wie diesmal, nicht wieder zugehen dürfe, daß dem Parlament Zeit zur gehörigen Erledigung seiner Geschäfte gelassen werden müsse, und daß die Demokratie gebiete, daß die beiden Kammern nicht zu bloßen Salsageapparaten herabgewürdigt werden dürfen. Am Beginne der nächsten Session sind die guten Vorsätze aber längst wieder vergessen. Wir müßten die Gepflogenheiten der Pseudodemokraten schlecht kennen, wenn wir Zweifel dazwischen setzen würden, daß es auch diesmal wieder genau so wie früher zugehen wird: den beiden Häusern werden Staatsvoranschlag und sonstige Beschlüsse eng befristet vorgelegt werden, unter der Devise, die im Staatswappen Blau finden sollte: Friß Vogel, oder stirb!

Die Aufbügung des Glanzes des Staates und der Kampf gegen die Rechte der Minoritäten erscheint ihm wichtiger, als in dieser schweren Zeit der Not am Steuerteller zu stehen. Das Parlament soll erst zusammentreten, wenn die schwere Geburt der neuen Regierung vollzogen sein wird. Niemand wird verstehen, warum dies so sein muß. Was Regierungsänderung genannt wird, ist nichts als ein Austausch von Personen, der sich wohl, wie jeder Regierungsakt, infolge der Zerfahrenheit der Mehrheit, unter Reizen und Stöhnen vollzieht, der aber als kein Grund angesehen werden kann, das Parlament in einer Zeit heillose Zustände zu versetzen, da die Bevölkerung und der Staat seiner dringend bedürfen. Es liegt gar kein Grund vor, warum erst die übrigens noch hartumstrittene Regierung, die erst in einigen Wochen geboren werden soll, an die Durchführung des Teuerungsprogramms gehen soll, vielmehr sprechen alle Gründe dafür, daß noch die Regierung vor das Parlament zu treten hätte, nicht zuletzt deshalb, um ihre schuldhaften Untätigkeit gegenüber den furchtbaren Wirkungen der Krise zu rechtfertigen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Handvoll Reute, die bei uns das politische Wetter machen, auch für die kommende Session den beiden Kammern lediglich die Rolle einer Bewilligungsmaschine zu gedacht haben. Darum die Hinausschiebung des

Termins ihrer Einberufung. Nach jeder Session kann man in den Blättern der Mehrheit gute Vorsätze in Menge lesen. In einer Anwendung von Scham beteuern sie, daß es, wie diesmal, nicht wieder zugehen dürfe, daß dem Parlament Zeit zur gehörigen Erledigung seiner Geschäfte gelassen werden müsse, und daß die Demokratie gebiete, daß die beiden Kammern nicht zu bloßen Salsageapparaten herabgewürdigt werden dürfen. Am Beginne der nächsten Session sind die guten Vorsätze aber längst wieder vergessen. Wir müßten die Gepflogenheiten der Pseudodemokraten schlecht kennen, wenn wir Zweifel dazwischen setzen würden, daß es auch diesmal wieder genau so wie früher zugehen wird: den beiden Häusern werden Staatsvoranschlag und sonstige Beschlüsse eng befristet vorgelegt werden, unter der Devise, die im Staatswappen Blau finden sollte: Friß Vogel, oder stirb!

Die gesamte Presse ist der Ansicht, daß die britische Note, insbesondere am Schlusse, welcher von den militärischen Maßnahmen gegen die Kemalisten handelt, mit früheren Beschlüssen der Alliierten und den englischen und alliierten Interessen im Widerspruch stehe. Die Note sei, namentlich mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage im Nahen Osten, gefährlich. Der Standpunkt Englands sei ausschließlich von Erwägungen diktiert, die auf die Sicherung des englischen Besitzstandes im Osten abzielen. Diese Politik werde schließlich eine entgegengesetzte Wirkung haben, da sie imstande sei, einen allgemeinen Aufstand der muslimanischen Bevölkerung hervorzurufen.

Waffenhilfe der Sowjets für Kemal?

Riga, 18. September. (Sabas.) Eine aus englischer Quelle stammende Meldung besagt, daß ein außerordentlicher Militärtrat der Sowjets einberufen wurde, welcher beschloß, daß alle Streitkräfte und die Schwarze Meer-Flotte bereit sein sollen, auf einen gegebenen Befehl in die militärische Aktion an Seite der Kemalistischen Truppen einzugreifen.

London, 18. September. (Sch. B.) Die „Times“ meldet aus Riga, ein Korps der Sowjetstreitkräfte sei bereits an der Grenze der asiatischen Türkei aufgestellt worden, bereit, Mustafa Kemal beim Vormarsch auf Konstantinopel zu Hilfe zu kommen. Anderen Meldungen zufolge verpflichtete der Vertrag zwischen Moskau und Ankara die Sowjetregierung, mit den türkischen Nationalisten bei der Wiedergewinnung der Dardanellen zusammenzuwirken, wofür Rußland als Kompensation die völlige Handelsfreiheit im Schwarzen Meere erhält.

Die Sozialdemokratische Partei der Sowjetzeit stand in ständiger inneren Zwiespalt zwischen der Bekämpfung der staatlichen Einrichtungen und ihrer Ausnutzung für den proletarischen Massenkampf. Zuerst eine Partei der Agitation und der Aufrüttelung, mußte sie später immer mehr ihre Aufmerksamkeit der Lösung aktueller Fragen zuwenden. Von der Verwaltung der großen staatlichen Einrichtungen war die Partei ausgeschlossen, sie durfte höchstens im Reichstag und in den einzelstaatlichen Landtagen eine oft ergebnislose Kritik üben. In der Theorie war die deutsche Sozialdemokratie revolutionär, sie verlangte den Sturz der bisherigen Gesellschafts-

Drei Parteitage.

Von Eugen Prager (Berlin).

I.

Die Reihen der deutschen Arbeiterschaft ginnen sich wieder zu schließen. Was in den Tagen der Zersplitterung und des Bruderkampfes die Sehnsucht aller Einsichtigen war, das soll jetzt greifbare Wirklichkeit werden. Noch steht freilich ein Teil des Proletariats draußen, befangen in dem Irrglauben an eine Reichsode, die niemals die Methode des wissenschaftlichen Sozialismus sein kann; aber die Masse der deutschen Arbeiter will wieder eine gemeinsame Front bilden und es ist nur eine Frage der Zeit, daß sich ihr auch diejenigen Klassenangehörigen anschließen werden, die heute noch für den kommunistisch gefärbten Anarchismus schwärmen. Es soll in diesem Augenblick nicht verschwiegen werden, daß die kommende Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Kind mehr der Vermunft, als der Neigung sein wird; denn jubel stand in der Vergangenheit zwischen der Sozialdemokratischen und der Unabhängigen Partei, als daß das alles jetzt mit einem Verbrüderungsfluß ausgelöscht werden könnte. Aber die Erfahrung lehrt, daß zu einer dauerhaften Ehe nicht nur Liebe, sondern auch Verstand gehört, und so darf man erwarten, daß der Kampf gegen die ganze Arbeiterschaft gemeinsame Rot den festen Kitt bilden wird, der aus der eintigen Partei eine dauernde Vereinigung proletarischen Willens macht.

Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland hat schon einmal eine Einigung erlebt. Es war im Jahre 1875, als sich in Gotha der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die Lassalleaner, mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Eisenachern, vereinigte. Nach jahrelangen gegenseitigen erbitterten Kämpfen standen sich jetzt die bisher feindlichen Brüder zu gemeinsamem Werke Auge in Auge gegenüber. Daß man sich nicht gleich brüderlich umarmte, sondern nur Teil noch immer mißtrauisch betrachtete, wer wird sich darüber wundern? Es bedurfte noch großer gegenseitiger Rücksichtnahme und gegenseitige Verhandlung, als habe man es mit rohen Eiern zu tun, sollte es nicht zum Auseinanderplatzen der noch vorhandenen persönlichen und sozialen Gegensätze kommen.“ So berichtet August Bebel in seinen Lebenserinnerungen darüber. 1875 schuf die politische Unterdrückung aller Arbeiter die Voraussetzungen für die Einigung, 1922 führt die drohende wirtschaftliche Verelendung das Proletariat zusammen.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei des Jahres 1922 wird ein anderes Gesicht tragen, als die Sozialdemokratische Partei des Jahres 1914. Dazwischen liegen die Zeiten des Weltkrieges, des politischen und militärischen Zusammenbruchs Deutschlands, eine Revolutionierung des Wirtschaftslebens von vorläufig unübersehbaren Ausmaßen, eine gewaltige Ausdehnung der Wirkungsmöglichkeiten des Proletariats. Im Innern der Gesellschaft hat sich eine ungeheure Umwälzung vollzogen, die aber noch nicht zu einer entsprechenden Umgestaltung der politischen Verhältnisse geführt hat. Zwar ist in Deutschland der alte Obrigkeitsstaat beseitigt, aber die alten Mächte des Monarchismus, des Militarismus und der Bürokratie sind noch längst nicht gefesselt. Zwar haben wir eine Demokratie und eine Republik dazu, aber es fehlt noch der Wille des arbeitenden Volkes, in diese Formen den Geist wirklichen Gemeinheitslebens zu gießen, dem neuen Staat den Ausdruck sozialistischer Volkens zu geben. Denn was immer man von der Reaktion der kapitalistischen Welt auf die umwälzenden Erscheinungen im wirtschaftlichen und politischen Leben halten mag: ihre Stärke oder ihre Schwäche im hochindustriellen Deutschland wird bestimmt von der Stärke oder der Schwäche der Arbeiterbewegung. Ein Aktivposten der Reaktion aber war die Uneinigkeit des Proletariats. Der Zusammenbruch der Arbeiterklasse schlägt der Bourgeoisie eine ihrer gefährlichsten Waffen aus der Hand.

Die Sozialdemokratische Partei der Vorkriegszeit stand in ständiger inneren Zwiespalt zwischen der Bekämpfung der staatlichen Einrichtungen und ihrer Ausnutzung für den proletarischen Massenkampf. Zuerst eine Partei der Agitation und der Aufrüttelung, mußte sie später immer mehr ihre Aufmerksamkeit der Lösung aktueller Fragen zuwenden. Von der Verwaltung der großen staatlichen Einrichtungen war die Partei ausgeschlossen, sie durfte höchstens im Reichstag und in den einzelstaatlichen Landtagen eine oft ergebnislose Kritik üben. In der Theorie war die deutsche Sozialdemokratie revolutionär, sie verlangte den Sturz der bisherigen Gesellschafts-

ordnung und die Verwirklichung des Sozialismus; in der Praxis der täglichen Kleinarbeit aber, in der Gewerkschaft, in der Genossenschaft, in der Krankenpflege, in der Kommune, nahm sie immer regeren Anteil an der Verbesserung der augenblicklichen Zustände, an der Erleichterung der Lage der Arbeiter schon im Rahmen des kapitalistischen Staatswesens. Das war der Gegensatz zwischen Reformismus und Radikalismus: die kleinen Gedanken der Tagesarbeit schienen die großen Ideen des Sozialismus zu erdrücken. Die Organisation der Arbeiter war nicht mehr Mittel zum Zweck, um den Sozialismus zu verwirklichen, sie war zum Selbstzweck geworden.

So fand der Ausbruch des Weltkrieges, der ein Zusammenstoß der großen Kapitalmächte war, das deutsche Proletariat gänzlich unvorbereitet. Freilich begriff auch die Arbeiterklasse der anderen Länder den Sinn des Krieges nicht sofort. Das Wort von Karl Marx: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ sollte nur gerade für die gegenwärtige Periode keine Geltung haben. Die deutschen, die französischen, die österreichischen, die russischen, die englischen Proletarier verteidigten ihr Vaterland gegen die Proletarier der anderen Länder. Überall standen Sozialisten auf, die haarscharf nachwies, daß der Klassenkampf während des Krieges zu schweigen habe und daß das Interesse der einseitlichen Bourgeoisie identisch sei mit dem Interesse des Proletariats. Die Internationale der Arbeiterklasse war zerrissen. Ihre einzelnen Teile schrieben einander Worte des Hoffes über die Grenzen und die Schützengräben zu. Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Heeresleitungen zur Förderung des Krieges wurden mit dem Titel Kriegsozialismus belegt, Sozialdemokraten sahen in Staatsbürgern, sie durften sogar an der Regierung einzelner Länder teilnehmen. Deutschland führte einen Befreiungskrieg gegen französische Nachsuch, englischen Uebermut und russischen Jactanz, Frankreich und England wiederum gedachten die Welt von deutschem Militarismus und Jactanz zu erlösen.

International war das Proletariat gespalten schon vom Beginn des Krieges an; bald kam auch die Spaltung der Parteien in den einzelnen Ländern hinzu. Sie führte nicht überall zur Teilung der Organisationen, zumeist wurden die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei ausgekämpft. In Deutschland jedoch endeten die Auseinandersetzungen der beiden Richtungen mit einem vollständigen Bruche. Die deutsche Sozialdemokratie, die bis dahin der Welt als ein Muster des organisatorischen Aufbaus und der Geschlossenheit galt, bot nun das erste Schauspiel der Zerreißung. Es braucht jetzt, vor der Wiedervereinigung, nicht untersucht zu werden, auf welcher Seite die größere Schuld an der Spaltung lag. Soviel aber darf doch gesagt werden, daß bei größerer gegenseitigeruldung die Einheit der Partei in Deutschland ebenso hätte erhalten werden können, wie in Frankreich, in Österreich, in Italien.

Die Gegensätze in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands waren schon vor dem Kriege da, zum offenen Ausbruch kamen sie erst bei der Bewilligung der Kriegskredite und des Budgets. Aber es war doch auch nicht der alte Streit zwischen Revisionismus und Radikalismus. Denn unter den Kreditbewilligern sah man bekannte Marxisten, wie Cunow, Hämisch, Heinrich Schulz und Paul Lenz, während in der Reihe der Opposition Edward Bernstein, der Vater des Revisionismus, August Erdmann und Kurt Eisner standen. Auch nach der Spaltung gab es wohl in der Sozialdemokratischen Partei wie in der neugegründeten Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie, verschiedenartige Auffassungen, aber sie

führten erst nach dem Siege des Bolschewismus in Rußland und nach der Befreiung des Sozialismus aus östlichen Jochen zu weiterer Aufspaltung, zur Bildung einer kommunistischen Partei.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Barteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 18. September. In Augsburg ist der Barteitag der sozialdemokratischen Partei Sonntag abends unter Teilnahme einer sehr großen Personenzahl eröffnet worden. Der Plenarsaal war dicht gefüllt. Nach Begrüßung durch den Augsburger Abgeordneten Siegmund hielt der Reichstagsabgeordnete und Parteivorstand Hermann Müller die Eröffnungsrede.

Das deutsche Volk, sagte er, stehe vor einem Winter, wie er gefährlicher nicht einmal während des Krieges war. Der Weltkrieg war beendet, aber der Friede noch nicht ausgerichtet. Wenn nicht bald das System der politischen Provokationen und der wirtschaftlichen Unterdrückungen beendet wird, muß der Tag der Katastrophe für das deutsche Volk bald hereinbrechen. Stürzt das hochindustrielle Deutschland zusammen, so wird Europa aufs schwerste erschüttert werden. In dieser ernsten Zeit fordern wir, daß alle Zwangsmittel des Staates zur Milderung der Not eingesetzt werden. Nun hat der Reichstagsausschuß am Samstag mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien den Preis für das erste Drittel des Umlagegetreides um das vierfache erhöht. Wir haben gegen die Durchführung des Beschlusses telegraphisch sofort Protest beim Reichsminister eingelegt. Der Staat muß endlich eingreifen, um den Kapitalisten die völlige Entwertung der Mark unmöglich zu machen. Alle die jetzigen Ereignisse zeigen, daß der Klassenkampf nach wie vor besteht. Wir sind uns des Kampfes gegen die Reaktion jetzt mehr bewußt als bisher. Unter stürmischen Beifall schloß Müller: Die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien wird eine Tatsache sein. Der Bruderkrieg ist zuende, wir führen jetzt den Kampf gemeinsam!

Zu Parteivorstand wurden Wels und Simon (Augsburg) gewählt. Es folgten hierauf die Begrüßungsreden der ausländischen Genossen. Vertreten sind die sozialdemokratische Partei von Dänemark, Schweden, Belgien, die englische Arbeiterpartei und die tschechoslowakische Sozialdemokratie.

Die sachlichen Verhandlungen des Parteitages begannen heute mit der Berichterstattung des Parteivorstandes.

Genosse Adolf Braun führte aus, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei Deutschlands sich fernhalten müsse von Illusionen, daß die Arbeiter niemals blind für die Wirklichkeit seien und nicht die Hemmungen ihres Willens durch das Versäuer Diktat übersehen dürfen. Braun besprach dann die Not der deutschen Presse und gab der Erwartung Ausdruck, daß bald durch entsprechende Maßnahmen diese Not gelindert werde. Dann nahm der Redner Stellung zu der großen Zahl der vorliegenden Anträge. Einer dieser Anträge verlangt die Ausschließung des Genossen Karl Kallisi aus der Partei, weil er sich als Sachverständiger im sozialpolitischen Ausschusse des Reichswirtschaftsrates gegen die achtstündige Arbeitszeit ausgesprochen habe.

In diesem Zusammenhange besprach Adolf Braun weiter den Fall Lensch. Lensch, der früher so radikal war, daß niemand mit ihm mitkommen, versucht jetzt Stinnes noch zu übertreffen. Mit Ungebuld hätten die Parteigenossen gesehen, daß dieser Mitbürger sich immer noch Sozialde-

mokrat nenne und so gewissenlos sei, als Sozialdemokrat an einem Stinnesblatt mitzuwirken. Braun warnte im übrigen davor, aus diesem Falle eine Haupt- und Staatsaktion zu machen, und empfahl die Annahme eines Antrages, der die Mitarbeit von Parteigenossen an reaktionären Zeitungen für unvereinbarlich mit den Parteipflichten erklärt.

Der Parteikassier Bartei erstattete sodann den Bericht über Agitation, Organisation und Kassa. Er betonte, daß eine finanzielle Stärkung eine Lebensfrage für die Partei bedeutet und daß es deshalb notwendig sei, die Beiträge der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen. Der Wochenbeitrag müsse mindestens 5 Mark betragen, darüber hinaus müsse aber dem Parteivorstand die nötige Freiheit für die Vornahme jeweiliger Erhöhungen gelassen werden, da als Durchschnittsmonatsbeitrag ein Stundenlohn angesehen werden müsse. Aus dem Berichte ging hervor, daß die Partei in diesem Jahre 1.174.105 Mitglieder zählt, gegenüber einer Zahl von 1.210.059 im Vorjahre und 1.180.208 im Jahre 1920. Der Rückgang der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre beträgt 46.504 oder 3,99 Prozent.

Frau Marie Joha gab einen Ueberblick über die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung und erinnerte in diesem Zusammenhang an das Hilfswort der Frauen des jugendlichen hungernden deutschen Kinder.

Am Nachmittag erstattete die Kontrollkommission Bericht, darauf setzte eine lebhafte Debatte ein, die den ganzen ersten Verhandlungstag in Anspruch nahm.

Inland.

Die aufgeregten Agrarier.

An übergroßer Bescheidenheit haben die Agrarier niemals gelitten. Auch haben die Regierungen niemals den leichten Versuch gemacht, die Agrarier zur Bescheidenheit zu erziehen. Es wäre auch jeder Regierung — wie auch immer sie sich nennen mochte — sehr schlecht bekommen. Auch in der jetzigen Krise, zu deren Bekämpfung die Regierung alle Kräfte zur bürgerlichen Einheit aufruft, tut sie es gegenüber den Agrariern mit einer ausgeföhnten Lebenswürdigkeit, mit einer Fülle von Schmeicheleien, die vor einer Korrektur in der Wahrheit nicht zurückschreckt. Findet sich doch in der Regierungserklärung, mit der Bemerkung und Genossen die Krise beschwören, die nachweislich übertriebene Behauptung, daß sich die Landwirtschaft ohne Rücksicht auf ihre Ertragsfähigkeit dem Weltmarkt anpaßt und sie verlangt als Belohnung für die selbstlosen Herrschaftlichen Verbilligung der Urprodukte und Industrieartikel. Aber dies Mittel der Behauptung verlor bei denen, die solange Herren jeder Situation waren, deren leise Willensänderung für die Regierung ein Befehl war. Man vergleiche nur die Rede des deutschen Kessel mit der des tschechischen Stanel. Die Rede des Mannes der Regierungsoption mit der des regierenden Ministers, um zu erkennen, wie nationale Unterschiede verblasen, zu Schall und Rauch werden, wenn das wirtschaftliche Interesse spricht. Eine agrarische Tagung jagt die andere und auf jeder wachsen die Forderungen. Man mühte wirklich glauben, daß in dieser Zeit der Krise und der Arbeitslosigkeit, da die Proletarier der Fabrik und des Kontors vor der nackten Existenzfrage stehen, die Bauern die bedauerndsten und hilfbedürftigsten Geschöpfe wären. Die Forderungen, die beispielsweise in diesen Tagen die deutschen Bauern auf dem südenländischen Bauerntag in Jägerndorf erhoben haben, sind ein Hofn auf die zögliche Ablehnung von Agrarjollen in der Regierungserklärung. „Sofortige Einführung eines Schutzzolles

für sämtliche landwirtschaftliche Erzeugnisse bei gleichzeitiger Ermäßigung der jetzigen Industrie- und Finanzzölle“, lautet die erste Forderung. In ähnlichem Geiste bewegen sich natürlich die anderen Forderungen. Novellierung des Vermögenssteuergesetzes, nach der nicht nur weniger gezahlt werden soll sondern bei der Zuwachs bei Grund und Boden, lebendem und totem Inventar gestrichen werden soll, da hier angeblich ein Vermögenszuwachs nicht vorhanden sei. Auf diese tiefinnige volkswirtschaftliche Weisheit wird hofentlich niemand hereinfallen, auch nicht die Regierung. Weiterhin verlangt der Bauerntag, daß mit allen Mitteln von der Regierung die Wahrung gesefigt wird, was ja wohl ein allgemeiner Wunsch ist, dessen Erfüllung aber über die Kraft der Regierung weit hinausgeht, auch wenn sie zu solcher Kraftäußerung von den Agrariern kommandiert wird. Ueberflüssig zu sagen, daß sie auch die Herabsetzung der Steuern verlangen. Die Musik zu dem Teile besorgten insbesondere der christlichsoziale Abgeordnete Franz Budig und der Direktor des Zentralverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Franz Hilmer. Der Letztere ist ja als einer der kühnsten agrarischen Streiter bekannt. Schmerzhaft stellte er fest, daß der bäuerliche Besitz schon wieder mit 216 Millionen Kronen hypothekarisch belastet sei und daß es nur mehr ein einziges Mittel zur Rettung des Bauernstandes gebe, das sei das Festhalten an den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Natürlich schrie auch er sich nach Schutzjollen heiser. Die Bauernwirtschaft soll keine Jölle haben, während die Industrie Wache Jölle habe. Wir teilen Herrn Hilmers Entrüstung und Unwillen über die Industriezölle, fürchten aber, daß er sich nicht in der Bekämpfung der Industriezölle auswirken wird, worin er uns auf seiner Seite hätte, sondern sich bemühen wird, die Industriezölle zum Vorpann der agrarischen Forderungen zu machen. „Wafmir und Siegfried, Siegfried und Wafmir! O brächten beide sich um!“ Mögen die Agrarier die Industriezölle, die Industriellen die Agrarzölle verbrennen, das ist der Wunsch, in dem sich die konsumierende Bevölkerung zusammen findet, wenn sie den anmutigen Beistreit agrarischer und industrieller Ausbeuter beobachtet.

Die Krise in der nationalsozialistischen Partei

Ist in den letzten Tagen dadurch wieder in Erscheinung getreten, daß zwei Parlamentarier dieser Partei fast gleichzeitig in politischen Reden ihre Stellung zu den aktuellen Ereignissen dargelegt haben und hiebei zu völlig verschiedenen Ergebnissen gelangt sind. Auf dem Saalongreß der Partei in Budweis hat sich Senator Prof. Krejci entschieden gegen die scharfe Bekämpfung der Kommunisten durch die Partei geendet. Er sagte: „Dadurch, daß man den Kommunismus herabsetzt, entwertet man nicht den Kommunismus, aber die Position der Sozialisten.“ Der Redner kritisierte auch die offizielle Regierungspolitik. „Das, was man zum Beispiel jetzt in der Frage der Trennung der Kirche vom Staat macht, ist keine Trennung, sondern die gesetzliche Festlegung der Untrennbarkeit der Kirche vom Staat.“ Als eine Kritik der allgemeinen Politik der nationalsozialistischen Partei ist folgendes zu betrachten: „An Stelle der persönlichen Politik muß eine sachliche, grundsätzliche Politik treten, das heißt, um keinen Preis dürfen die grundlegenden Prinzipien des Programms verraten werden, auf keinen Fall darf man von diesen Grundföhren abweichen. In der Grundlosigkeit starb die (tschechische) Sozialdemokratie.“ Zum Schluß sprach sich der Redner für die Einheitsfront mit den Kommunisten aus, indem er sagte: „Mit Rücksicht auf die heu-

Alte.

Von Max Barthel.

Der Mann und die junge Frau gingen am Rande der Stadt. Es war schon lange Feierabend, am Himmel schwebten feurige Wolken, die Fabrikfenster brannten in lechter Sonne, das Eisengerippe einer halbfertigen neuen Anlage stand in wunderbarer Filigranarbeit gegen den Himmel, ein starr rankendes Meisterwerk der Technik, durch das das Licht wie Wasser strömte. Ein riesiger Kran hob seinen rauhen Arm nach der Sonne, die sich in den mächtigen Greifzangen verding und dann lautlos in eine schwarze Wolkendeckung versank.

An der Fabriksmauer lagen die Schuttballen, auf denen Kinder und Frauen nach alten Metallabfällen oder Kohlestücken suchten. Der Mann verteilte und sah den Gebildeten zu. Die Frau sagte: „Komme schon, immer bleibst du bei dem Altschraufen stehen, da muß sicher eine Geschichte darunter vergraben sein.“ Der Mann nickte. „Erzähle!“ bat die Frau. Der Mann erzählte:

„Als Kind ging ich mit anderen auch auf die Altsche. Wir suchten Knochen, Glas, Metallabfälle, die wir dann veräußerten. Wenn wir hungerten, durchwühlten wir auch die Abfälle der nahen Wärmerei oder warfen nach einem künstlichen Streit unsere Mühen in die Baumschule, in der wundervolles Bierobst wuchs. Jeden Samstag kamen aus der Schmiede des Bahnhofs dampfende Schlackefuhren, die wir während nach den verborgenen Schätzen durchsuchten. Einmal blieb ich sogar von der Schule fern, als die Grube des Bahnhofs geräumt wurde. Himmliches Gefühl, sage ich dir, wenn du allein über den Haufen verfügst. Du tanst in aller Ruhe verfallen, das Blei läuft nicht davon, das Kupfer wartet, bis es durch dich ans Licht kommt — weigt du, solche

Gefühle müssen den Goldgräbern besetzen, wenn er nach mühsamer Wanderung das Ziel erreicht und den ersten glücklichen Fund tut.

In der Schule gab es eine große Untersuchung. Der Lehrer tobte: „So, so, auf die Altsche gehst du, wenn die andern lernen, im Dreck müßt du herum, das muß freilich ein besonderes Vergnügen sein, zeige deine Hände. Natürlich, natürlich, da sitzt noch der Dreck!“ Ja, die Hände waren noch schmutzig. „Siehe auf!“ begann der Lehrer wieder, „stehe auf, du Ferkel!“ und zeigte mich den Kameraden, die saubere Hände hatten. Als Kind ist man so empfindlich, die Beleidigungen in der Schule habe ich jetzt noch nicht vergessen, die sitzen wie Schmutz immer noch in mir.“

„Aermler“, sagte die Frau, und streichelte ihn, „sie haben dich sehr gequält in deiner Kindheit!“ Der Mann lächelte. „Oh, nicht mehr als sonst die Armen gequält werden. Daß dir weiter von der Altsche erzählt! Also der Lehrer war herzlos, die Hände waren und blieben auch schmutzig, mit räuberischem Herzen hatten wir an den Samstagen in der Altsche, fanden Blei, Eisen, Messing, manchmal aber auch ein Stück Kupfer, waren aufeinander eifersüchtig, hielten uns leidenschaftlich und verbißen, wie sich nur Kinder hassen können, und an einem Samstag sprangen wir uns um ein Stück Blei an die Kehle. Wir lagen wie hungernde Wölfe über dem Altschraufen, zerrissen ihn mit unseren Haden, der Bleikumpen lag auf der Grenze, die wir uns selbst gezogen hatten. Verdammt, er gehört mir!“ schrie ich meinen Kameraden an. „Da hast du ihn!“ schrie er zurück und hieb mir die Hade in den Rücken. Dann entfloß er, aber das Stück Blei gehörte doch mir.“

„Und dann?“ fragte die Frau. „Dann? o dann wurde ich größer, ich kam in die Fabriken, arbeitete und hief wieder davon, aber die merkwürdigste Bude war eine kleine Welschwanfabrik.“ Nun lachte die Frau: „Komisch, du hast Welsch-

schranke gebaut? Erzähle davon!“ Der Mann erzählte. „Es war eigentlich nur eine kleine Werkstatt in einem Hinterhof, die richtige Buchbude, in der neben einem Besseln sechs oder sieben Lehrlinge arbeiteten. Ich war der einzige ungelernete Arbeiter dort, war sechzehn Jahre alt und hatte 18 Pfennige Stundenlohn. Ein alter Papa war noch da, der Schwiegervater des Fabrikanten, ein altes verdorrtes Männlein, der immer im Schlafrock herumslief und die Schranke lackierte. Der Fabrikant gab, sein Bauch wuchs, er kämpfte nur so durch seine kleine Fabrik, schimpfte oder verprügelte die dünnen grauen Lehrlinge und zankte mit dem alten Männlein, das dann giftig leiste. Die Maschinen waren uralt, noch Fußbetrieb, wenn wir die schweren Platten hobren und gekrümmt an der Starke hingen, rief sich die Platte oft aus den sowieso schon zerschundenen Händen und schlug uns beiseite. Sehr oft zerbrachen die Bohrer, die mühten wir natürlich von unserem kümmerlichen Lohn bezahlen.“

Am schimmlichen aber war es, wenn die Welschschranke mit Altsche gefüllt wurden. Querst schleppeten wir die eisernen Schrankstele in den Hof, stelle dir die dünnen Beleglärchen vor, wie sie leben und ruden. Die Lehrlinge und auch ich, wir waren ja eigentlich noch halbe Kinder. Nun, auch gut eingelegte konzentrierte Kinderarbeit lohnt sich, siehe den Bauch unseres Fabrikanten! Schön, dann aber buckelten wir die schweren Altsche auf dem Keller und man ging die Arbeit los. Bald standen wir in den Altschewollen, kleine verstrahlte Teufel, von denen der Schwefel kann, in deren Ohren, Wundern und Nasen der bittere Dreck lag und fraß. Nun, und dann wurden die Schranke wieder in die Werkstatt geschleppt, leuchtend, lachend, die Hände rissen sich blutig. Finger wurden gequetscht, dann kam der alte Papa mit seinem Schlafrock und den Fradkästen, schon kam Farbe und Lack auf die Wände, die Welschschranke zogen ihr vornehmtes Kleid an, sie waren

dieb- und feuersicher, kein Stäubchen fahst du, wenn sie blank dastanden und — bei Gott — soviel Schwefel, Blut und Fluch ließe an ihnen.

Die Kameradschaft in dieser Werkstatt war schlecht. Der Besseln wurde vom Meister getreten, der Besseln rächte sich und trat die Lehrlinge, der älteste Lehrling ließ seine Wut an dem jüngsten aus, den ungelernen Arbeiter verachteten aber alle aus einem beschränkten Vernunftstolz heraus. Sie wurden mehr geschunden als ich, aber mit Wonne sagte der eine oder der andere: „Ich bin jetzt Lehrling, aber ich werde etwas, du bist aber nur ein Ungelerner!“ Es war das alte System der gegenseitigen Unterdrückung, mit dem die Herren überall in der Welt herrschen, bei uns im Kleinen, in der Welt im Großen. Du kannst dir denken, wie meine sechzehn Jahre gegen die Bedrückung rebellierten! Bei einem heftigen Streit mit dem ältesten Lehrling — es handelte sich natürlich um eine unbedeutende Kleinigkeit — warf er mit einem Messel nach mir, traf mich am Handgelenk, das Blut strömte, wir trafen uns gegenseitig auf vor Wut. Der Arzt schrieb mich krank. Mit großem Stolz trug ich den Arm in der Binde. Ich las damals das erste Mal den Ausdruck: „Schlachtfeld der Arbeit!“ und erschraf. Ja, so war es, ein Schlachtfeld mit Blut und Wunden, die großen Maschinen waren die Geschütze, die Keimen die Maschinengewehre, wir schossen und beschossen uns Tag für Tag, es gab tote und Verwundete, in den Bergwerken, in den Eisenhütten, in den chemischen Fabriken, in den Kesselschmieden, überall dort, wo die Arbeiter schufteten. Ich war stolz auf meine Wunde am Handgelenk, denn ich war auf dem Schlachtfeld der Arbeit verwundet worden.“

Das Eisengerippe der großen Halle stand jetzt tief schwarz gegen den veräscherten Himmel, der nur an seinen Rändern in bleichem, fahltem Blau schwamm. Die Frau beugte sich und küßte die vernarbte Wunde am Handgelenk des Mannes. Nach

igen Verhältnisse sollten wir die Zusammen- arbeit mit den Kommunisten unter bestimmten Bedingungen in Erwägung ziehen."

Gerade das Entgegengesetzte folgte am Sonntag der Senator K. Lofa auf einem Festabend, der zur Feier des 25jährigen politischen Wirkens des Begründers der nationalsozialistischen Partei abgehalten wurde. Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten lehnte er entschieden ab: "Wir werden niemals die Hand jenen Leuten reichen, welche in Ausland unsere Legionäre angeschossen haben, wir werden niemals die Hand jenen Leuten reichen, die für unseren Präsidenten nur Schimpfwörter übrig haben, welche verkünden, daß ihnen an der Republik nichts liegt, und welche für ihre Freizeiteien aus den gestohlenen Moskauer Geldern bezahlt werden."

Lofa erklärte auch, daß die Partei von ihrer bisherigen Politik nicht abweichen will: "Seit unserer Gründung sind wir und werden wir immer national sein. Wir können unsere glänzende Vergangenheit nicht verleugnen. Der kleine, national und sozial führende tschechische Mensch, das ist die Nation. In diesem Geiste werden wir auch die kommende Generation erziehen. Wir werden die Nation nicht verraten!"

Daß es schwer ist, derartig sich widersprechende Meinungen unter den gemeinsamen Hut einer Partei zu bringen, ist ohne weiteres verständlich. Die eine Richtung entspricht der alten nationalsozialistischen Partei, sie betont neben dem Nationalen auch das Sozialistische, will von der Einheitsfront mit den Kommunisten nichts wissen, die andere ist der sozialistisch-radikale Flügel, der für die staatsmännischen Rücksichten der parlamentarischen Führer der Partei kein besonderes Verständnis aufzubringen vermag. Bezeichnend ist auch, daß dieser Gegensatz in der nationalsozialistischen Gewerkschaften, die in der tschechischen Arbeitergemeinschaft vereinigt sind, übergriffen hat. Ein Symptom dafür ist, daß Minister Tuma zu seinen letzten Ausführungen und seiner Tätigkeit in der Regierung überhaupt bei der letzten Gewerkschaftskonferenz seiner Gesinnungsgenossen die Zustimmung nicht finden konnte.

Es gibt tschechische Blätter, die angesichts der Zerwürfnisse in der nationalsozialistischen Partei von einer baldigen Sprengung der Partei reden und die Möglichkeit der Vereinigung des radikalen Flügels der Partei mit den tschechischen Kommunisten in Aussicht stellen. Gewiß ist dies angesichts der vielen Stellungen in der sozialistischen Parteien aller Nationen, die wir in den letzten Jahren durchgemacht haben, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Immerhin muß betont werden, daß der Führer der radikalen Richtung Dr. Beneš bereits mehreremale Minister gewesen ist und für die Regierungspolitik demnach genau dieselbe Verantwortung trägt wie seine fraktionelloseren Kollegen, Ströber, Franke und Tuma. Jedenfalls macht die Partei eine ernste Krise durch, die, wenn sie zur Spaltung der Partei führte, auch zu einer Schwächung der gegenwärtigen und künftigen Regierungskoalition führen müßte und das Leben des gegenwärtigen Parlamentes verkürzen könnte.

„Ein Strom neuen Blutes und neuen Mutes.“ So nennt ein Artikel des „Tag“ die gablonzer deutschgelbe Zusammenkunft, genannt „Parteitag“. Wenn man nicht annehmen würde, daß der Kritikerschreiber des Hakenkreuzerblattes Krier vom reinsten Wasser ist und wohl in direkter Folge von Hermann dem Cherusker abstammt, man könnte in seinem Jargon von blühender orientalischer Phantasie sprechen. Also das Blatt ist über die Bedeutung der deutschgelben Tagung ganz weg: „Der politische Erfolg des Parteitages repräsentiert sich in der Bestätigung und Anerkennung der langen Schweigen fragte sie verschüchtert: „Und was wurdet du dann?“ Der Mann lächelte. „Dann? Dann wurde ich Lumpenhändler, der siebzehnjährige Lumpenmann! Das Eingeweide der Häuser kannte ich schon lange, denn als Kinder verlaufen wir Blumen, Postkarten und andere Dinge. Häuser sind merkwürdig. Alle haben ihre besondere Seele, haben ihren bestimmten Geruch. In den vornehmen Häusern weht abgeklärte Kühle, in den Arbeiterhäusern aber schmeckt die Luft fauer und abgestanden. Sollte dir also den siebzehnjährigen Lumpenmann vor, mit dem vielzugrohen Sad, der bedrückt die teppichbelegten Treppen der seinen Willen hinaufgeht und an den pompösen mächtigen Türen klingelt und mit dünnem Stimmchen nach Lumpen und Papier fragt. Da ist der Bräutler der vornehmen Etagen, der dich wahr macht, die solide Wohlstandsliebe des Kleinbürgers oder Beamten, die ausgelassenen Treppe der proletarischen Mietkassernen, nirgends bist du Gast, immer nur Händler, der Geschäfte machen will. Die Dienstmädchen, diese armen gebildeten Tiere konnten mich bald und lächelnd, wenn ich kam. Ich kroch mit ihnen auf den heißen Böden oder in den kühlen Kellern herum. Manchmal feuerten die Mädchen oder starrten mich an, aber ich verstand damals noch nicht diese verschriebe Sprache und wollte weiter nichts als Lumpen, Papier und Weinflaschen. In manchen Flaschen war oft noch ein schaler Rest abgestandenen Weines, den ich felig trank, der natürlich sad und sauer schmeckte, den aber allein das Gefühl, Wein zu trinken, versüßte. Aber ich mußte das Geschäft bald wieder aufgeben, ich verdiente zu wenig. Schuld war ich selbst, denn immer, wenn ich Bücher oder Zeitschriften eingekauft hatte, fuhr ich in eine läbliche Straße und las stundenlang in den alten Schmökern. Damals fing ich auch an, Novellen zu schreiben. Meine erste Erzählung war komisch.“

Kampfgemeinschaft durch die höchste Parteiinstanz.“ Die „höchste Parteiinstanz“, das sind die paar zusammengetrommelten deutschgelben Parriestände, die sich natürlich nicht getrauen können und dürfen, den Mund aufzumachen. Daß diese das Zusammengehen mit den bürgerlichen Deutschnationalen „anerkennen und bestätigen“ würden, daran war doch wahrlich nicht zu zweifeln. Das „neue Blut“ und der „neue Mut“, der den Deutschgelben in Gablonz also zuteil wurde, besteht in dem Vorjah, jetzt erst recht Anhängsel einer bürgerlichen Partei zu sein. Mit „neuem Mut“ wollen sie auch im Deutschparlamentarischen Verband, also in der Gemeinschaft mit den Vertretern der Industriekapitalisten und der agrarischen Volkshungerer verbleiben, wiewohl der „Tag“ gegen diese Gruppen das Lobmansche Wort zitiert, daß sie die „Pforten des Wappentieres abledern“. Die Deutschgelben scheinen in Gablonz übrigens auch zur Albernheit „neuen Mut“ geschöpft zu haben, denn über die herrschende Industriekrise und Arbeitslosigkeit heißt es in dem besagten Artikel: „Der Bankrott der Marxistenrevolution grinst die Arbeitererschaft aus den hohlen Fenstern jeder geschlossenen Fabrik an.“ Der deutschgelbe Idiot behauptet also allen Ernstes, die Revolution von 1918 wäre eine — „marxistische“ Revolution gewesen und die Folgen dieser marxistischen Revolution wären die jetzige Krise und Arbeitslosigkeit! Und ein Mann, der solchen blühenden Blödsinn produziert, darf im Hauptblatt der Deutschgelben Leitartikel schreiben! Dazu gehört allerdings ein „Strom neuen Blutes und neuen Mutes“! Nach dieser Probe deutschgelben Geistes und deutschgelber Wahrheitsliebe kann man sich nicht wundern, von dem Blatte zu erfahren, daß wir eine — „Marxistenregierung“ (!) haben, und zu lesen: „Das sind die Folgen der großen sozialen Revolution des Jahres 1918, der Befreiungsrevolution des Proletariates! Wer laßt und wer weint nicht bei dieser Komödie?“ In der Tat: wer laßt und wer weint nicht bei diesem deutschgelben Unsinn?! Wer an Clownsparzen Vergnügen findet, der mag noch erfahren, daß das vom Abgeordneten Jung in Gablonz erstattete Referat über „Der nationale Sozialismus und unsere Zeit“, „auf die geschichtlichen Höhen der großen Strömungen und Entwicklungen führte, die nicht nach Tagen und Stunden, sondern nach Jahrhunderten gemessen werden“. Erschauert Ihr Zeitgenossen, der Schmutz des Jung kann nur mit dem Jahrhundertmaßstab gemessen werden. Dann lesen wir noch: „Man sah es an allen Mienen, daß jeder stolz war, ein Nationalsozialist zu sein.“ Es mag auch solche Käuze geben. Auch das Stinktier soll ja sicherem Vernehmen nach stolz sein, ein Stinktier zu sein. Zum Schluß verspricht der „Tag“, daß die Deutschgelben die „Mehrheit des marxistischen Unsozialismus“ — das sind wir! — „niederwerfen“ werden. Der „Strom neuen Blutes und neuen Mutes“ scheint dem armen deutschgelben Schreiberklein ins Gehirn gestiegen zu sein. Hier hört die Geschichte auf, politisch gewertet zu werden. Der Psychiater trete vor! . . .

Das Mandat des slowakischen Abgeordneten Brabec vor dem Wahlgericht. Bekanntlich hatte sich in der letzten Zeit innerhalb der slowakischen Volkspartei eine Scheidung in zwei Gruppen vollzogen. Führer des neuen Flügels wurde der

„Komisch?“ fragte die Frau. Der Mann lächelte. „Nein, komisch eigentlich nicht. Höre zu. Als ich in der Fabrik stand, warke ich immer auf den reichen Mann oder einen unbekanntem Freund, der kommen und sagen würde: „Junger Mann, hören Sie auf, an der ekelhaften Karte zu bohren, Sie müssen heraus! Zu was haben Sie Lust? Wollen Sie Ingenieur werden, wollen Sie studieren? Da ist Geld für drei Jahre!“ Ich hatte in Räubergeschichten oft gelesen, daß solche Dinge auf der Welt vorkommen, da kennst sie ja auch, Lumpenmüllers Viebschen wird Frau Elisabeth von der Tamm. Aber zu mir in die Fabrik kam keiner, der mich erlöste. So erlöste ich mich selbst und schrieb meine erste Novelle, eine tolle Räubergeschichte, die ich ins Proletarische umzog und alle Seufzer und Leiden, die mich bewegten, meinen Helden in das Herz legte. Zu Hause gab es heftige Zusammenstöße mit meinem ältesten Bruder, der nicht verstand, daß es auch andere Dinge über dem proletarischen Schmutz gab, fehnächtige Bewegung nach Himmel und Sternen. Wie sollte er auch, das Leben der Armen ist Asche, ihre Flammen sind erloscht im Glend oder brennen nicht mehr rein. Er nannte mich „Dichterrindvieh“.“

Die Frau seufzte. Dann legte sie mit einer unbefriediglichen hingebenden Bewegung, in der mehr war als Himmel und Sterne, ihre Arme um den Hals des Mannes und sagte: „Du Dummes, wenn du in der Asche gesucht hast, wollest du nicht Eisen oder Blei finden, das ist eine alte Geschichte von den alten Völkern, ist gestaltende Sehnsucht, die aus Staub und Asche den schöner, wundervollen Vogel Phönix aufsteigen läßt.“ Nun war es ganz dunkel geworden. Die Landschaft ertank in Nacht. Die zwei Menschen verzweigten sich, umarmten sich und standen wie ein Baum in der schwarzen Ebene, friedvoll und den lebenden Wäldern verschwiegen.

Abgeordnete Legionär Brabec, der eine Kampagne gegen Hlinka eröffnete, den er der Freidenka bezichtigt. Nun hat die Partei eine Forderung beim Wahlgericht eingereicht, daß es das Mandat des Abgeordneten Brabec für null und nichtig erkläre, da er in Gegensatz zum Exekutivauschuß der slowakischen Volkspartei getreten sei.

Präsident Masaryk im Herzgebiet. Wie das tschechische Prehbureau meldet, besuchte Präsident Masaryk Sonntag das Herzgebiet, u.

zu. u. a. die Städte Semil, Turnau, Eisenbrod, Münschengrätz und Rakob. In Turnau hat sich nach der Meldung des tschechischen Prehbureaus „auch eine Deputation der deutschen Minorität von Böh. M. A. i. c. h. a. e. i. n. g. e. f. u. n. d. e. n. u. m. d. e. m. h. ö. c. h. s. t. e. n. R. e. p. r. ä. s. e. n. t. a. n. t. e. n. d. e. r. R. e. p. u. b. l. i. k. i. h. r. e. E. r. g. e. b. n. i. s. s. e. n. h. e. i. t. a. u. s. g. e. s. t. e. l. l. t.“ Nach Bestätigung der Stadt Turnau begab sich der Präsident mit seinem Gefolge im Automobil nach Großfoll, wo er vom Eigentümer der Herrschaft Lehrenthal begrüßt wurde. Hierauf erfolgte die Rückreise nach Prag.

Gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, für den Preisabbau.

Veratung über eine Preisherabsetzung von Stoffen.

Am Montag, den 18. d. fand bei der politischen Landesverwaltung in Prag eine Beratung über eine Herabsetzung der Stoffpreise mit den Vertretern des Prager kaufmännischen Vereines, mit dem Verbands der tschechischen Textilkaufleute, mit der Landesvereinigung der Schneidergesellschaften, etc. statt. Bei dieser Beratung wurden alle Schwierigkeiten betont, mit denen dieser Handel infolge der vielfach geänderten Mode rechnen müsse, auch mancherlei andere Schwierigkeiten wurden in diesem Zusammenhang angeführt. Schließlich wurde vereinbart, daß alle Interessentengruppen die Frage der Verbilligung als Gegenstand einer internen Beratung behandeln sollen. Der Erfolg dieser Beratung wird in den nächsten Tagen durch die politische Landesverwaltung kundgemacht werden.

Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit im Brüger Bezirk.

Infolge der im Brüger Bezirk immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit haben am Dienstag die Vertrauensmänner der deutschen und tschechischen Gewerkschaften beschlossen, der politischen Bezirksverwaltung ein Memorandum zu überreichen, in dem gefordert wird: 1. Die Einberufung des Parlamentes zum Zwecke der Aenderung des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes dahingehend, daß der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung auf die mehr als 6 Monate Arbeitslosen und auf die ledigen Arbeiter ausgedehnt wird. 2. Durchführung des Eisenbahnbauoberleitensdorf-Gebirgsneudorf. 3. Bau der Bergarbeiterwohnhäuser in Oberleitensdorf, Maltfeyern und Bruch. 4. Beschleunigung der Vorarbeiten zur Errichtung des Elektrizitätswerkes bei Seebühl. 5. Durchführung der Rekultivierungsarbeiten des durch den Bergbau verunreinigten Gebietes. 6. Bau des tschechischen Gymnasiums und des Beamtenwohnhauses der politischen Bezirksverwaltung Brüg. Die Vertrauensmänner beschlossen, infolge der gegenwärtigen Situation einen Permanenzauschuß einzusetzen, der aus je zwei Vertretern der Gewerkschaftskontrolle besteht.

Verhandlungen über den Preisabbau im Saager Bezirk.

In der vorigen Woche fand bei der politischen Bezirksverwaltung in Saaz eine Enquete wegen des Preisabbaues statt, die unter Vorhild des Leiters der dortigen Bezirksverwaltung Ministerialrates Dr. Tauer geführt wurde. In der Enquete kam es über zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Genossen Senator Barth, der die Interessen der Verbraucher vertritt, und dem Vertreter des Bundes der Landwirte. Schließlich einigte man sich nach langen Debatten über nachstehende Preise: Der Semmelpreis bleibt wie bisher, man bekommt vier Stück um eine Krone. Der Mehlpriß wurde mit K 3.30 per ein Kilogramm und der Brotpriß mit K 3.50 (1400 Gramm) festgesetzt. Milch kostet K 3.—, Rindfleisch K 14.— bis 18.—, Schweinefleisch K 20.—, Kalbfleisch K 16.— bis 18.—. In den nächsten Tagen finden noch Verhandlungen mit dem Gremium der Kaufleute statt, bei welchen es sich darum handeln wird, die Kaufleute zu einem 30prozentigen Nachlaß bei sämtlichen Waren zu veranlassen. Auch die Schneider will man zu einem Preisabbau von 20 Prozent bewegen. Bemerkenswert ist, daß von der politischen Bezirksverwaltung in Saaz Vertrauenspersonen bestimmt wurden, denen die Kontrolle der Kaufleute obliegt und zwar so, daß sie von Fall zu Fall die Kaufleute besuchen, um sich zu überzeugen, daß die Preise zu den vereinbarten Preisen verkauft werden. Interessant ist auch, daß Ministerialrat Dr. Tauer erklärte, daß mit Ende des Jahres mit einem Abbau der Gehälter der Staatsbeamten zu rechnen ist.

Intervention bei der politischen Bezirksverwaltung in Komotau.

Samstag überreichten die Vertreter der Streikgewerkschaftskommission sowie der sozialdemokratischen Bezirksorganisationen Komotau und Gbřlau der politischen Bezirksverwaltung in Komotau ein Memorandum, worin zunächst die katastrophale Lage der Arbeiterchaft des dortigen Bezirkes geschildert wird und sodann mehrere Forderungen aufgestellt werden, darunter: Aberraste Auslegung des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung, Verhinderung von Entlassungen und Betriebseinschränkungen, Vornahme von Notstandsarbeiten und Beschleunigung des allgemeinen Preisabbaues. Die Deputation der Arbeiterchaft erreichte zunächst, daß in der Frage

der Zuerkennung der Arbeitslosenunterstützung festgestellt wurde, daß den sogenannten dauernd Beurlaubten oder den Beurlaubten auf unbestimmte Zeit die Arbeitslosenunterstützung zuzumme. Auch die ledigen Arbeitslosen werden in der Frage der Unterstützung besser behandelt werden. Was den Preisabbau betrifft, erhielt die Deputation die Zusage, daß eine Kontrolle der Lebensmittelpreise durchgeführt werden wird: Am nächsten Samstag wird eine diesbezügliche Konferenz zusammentreten. Die politische Bezirksverwaltung gedenkt auch die Beschaffung billiger Brennstoffe sowie die Errichtung einer Gemeinschaftsküche für die Arbeitslosen zu organisieren. Tagsüber schienen die behördlichen Zusagen in bezug auf die Notstandsarbeiten recht mager aus. Mit dieser Aktion ist zur Vinderung der Arbeitslosigkeit und zur Beschleunigung des Preisabbaues im Komotauer Bezirk ein bescheidener Anfang getan. Es wird notwendig sein weitere Schritte im Interesse der Arbeiterchaft zu unternehmen. Der Erfolg wird umso größer sein, je fester die Arbeiterchaft hinter den Organisationen steht, die ihre Interessen vertreten.

Preisabbauquote in Warnsdorf.

Auch in Warnsdorf fanden Freitag, den 15. September Verhandlungen zwischen den Verbrauchern und den Genossenschaften der Gewerbetreibenden statt, wobei folgende Ergebnisse erzielt wurden: Die Genossenschaft der Bäcker erklärte sich zu den folgenden Brotpreisen bereit: Weißes K 3.70, schwarzes K 3.—, Weißgebäck 30 Heller. Mit der Genossenschaft der Fleischer wurden folgende Preise vereinbart: Rindfleisch von 13 bis 17 K, Schweinefleisch 17 bis 24 K, Fett 24 bis 28 K, Kalbfleisch 18 bis 20 K. Die Verhandlungen über den Preisabbau mit den Landwirten und Gastwirten finden Mittwoch, den 20. d. statt.

Die Preisbewegung im Juli und August.

Minister Erba gewährte einem Redakteur des „Pravo Lidu“ eine Unterredung, in der er folgende Ueberfahrt über die Preisbewegung in der letzten Zeit gab: Zunächst im G r o ß h a n d e l

Gattung der Ware	Preis für 100kg am 1. Juli	Preis für 100kg am 1. Sept.	Preisunterschied	Preis absolut in Prag.
Santoskaffee	3050.—	2500.—	550.—	18.08
Tee	5800.—	5600.—	200.—	3.15
Rafin.	3000.—	2800.—	200.—	6.67
0-Weizenmehl	440.—	320.—	120.—	27.27
Rohmehl	320.—	180.—	150.—	45.45
Graupen	370.—	240.—	130.—	35.14
Erbsen	320.—	400.—	120.—	23.08
Reis	400.—	240.—	160.—	40.—
Fett	1900.—	1050.—	750.—	41.67
Margarin	1600.—	1050.—	550.—	34.38
Ceres	1650.—	1050.—	600.—	36.36
Seife	1200.—	900.—	300.—	25.—

Ueber die Preise im Kleinen gab der Minister folgenden Ueberblick:

Warengattung	Verkaufspreis am 1. August	Verkaufspreis am 1. Sept.
00-Mehl	5.50	3.80
0-Mehl	5.—	3.50
1-Mehl	4.20	3.—
Graupen	5.80	4.20
Reis	5.20	3.60
Italienischer Reis	6.40	4.50
Erbsen	5.—	4.20
Kartoffeln	1.40	—50
Fett	17.—	10.40
Ceres	18.—	12.—
Dänische Butter	48.—	34.—
Weißgebäck	—40	—25

Der Minister sagte sodann, daß im Oktober eine Verbilligung des Zuckers eintreten wird und daß der Preis (satt K 7.20 nur 3 bis 4 K betragen wird. Eine Preisfenkung könne nur durch die freie Einfuhr herbeigeführt werden.

Der Schuhfabrikant Bata,

der nicht genug Aufhebens davon machen kann, wie sehr er im Interesse der Arbeiterchaft und der Konsumenten wirkt, hat seinerzeit angekündigt, daß er die Löhne der Arbeiterchaft um 40 Prozent herabsetzen wird — um konkurrenzfähig zu sein — und daß seine Arbeiter die Lebensmittel in seinem Betriebskonsumverein um die Hälfte billiger erhalten. Nun hat er die Löhne tatsächlich, wie uns mitgeteilt wird, teilweise bis zu 70 Prozent reduziert, die Arbeiter, die aber im Betriebskonsumverein kaufen wollen, erhalten dort nichts, weil Bataern und anderes konkurrenzfähiges Publikum bereits alle Waren zusammengekauft haben. Die Arbeiterchaft der Fabrik Bata gerät daher in die schwierigste Lage. Man sieht also, wie ein Wohltäter der Menschheit der Fabrikant Bata in Wirklichkeit ist.

Ausland.

Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Die Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie beruft den ordentlichen Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs für Dienstag, den 31. Oktober 1922 und die folgenden Tage nach Wien ein. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Konstituierung des Parteitag. Wahl des Präsidiums. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Mandatsprüfungskommission. 2. Berichte des Parteivorstandes, des Verbandes der Abgeordneten und Bundesräte; des Parteiführers; der Parteikontrolle. 3. Die politische und wirtschaftliche Lage. 4. Allfälliges.

Für den republikanischen Charakter des österreichischen Bundesheeres!

Die Arbeiterzeitung veröffentlichte Sonntag anlässlich der vom 1. bis zum 30. d. M., stattfindenden Verhandlungen für das Bundesheer einen Aufruf des Parteivorstandes der österreichischen Sozialdemokratie. Darin werden die Gesinnungen darauf aufmerksam gemacht, daß der christlichsozialen Heeresminister sich mit der Absicht trage, besondere „Ordnungsbataillone“ zu formieren, welche offenbar als Schutz- und Angriffsstruppen der Reaktion gegen das Proletariat verwendet werden sollen. Dieser Plan könne nur dadurch vereitelt werden, daß sich möglichst viele verlässliche Republikaner, möglichst viele klassenbewußte Arbeiter, möglichst viele Sozialdemokraten zum Bundesheer melden. Der Parteivorstand laun reichlich Rat umso eher erteilen, als in Deutschösterreich der Wehrmann des Bundesheeres in der Tat ein freier Staatsbürger ist. Denn er bleibt im vollen Genuß aller staatsbürgerlichen Rechte, freigeübte Soldatenräte schützen seine Rechte, die mächtige Gewerkschaft der Heeresangehörigen beschützt seine Interessen. In wirtschaftlicher Beziehung sind die Wehrmänner dem Staatsangehörigen gleichgestellt; auch ihnen verbürgt das Gesetz, daß mit dem Teuerungszuwachs ihre Bezüge steigen. Auch für die Zukunft der Wehrmänner nach Zurücklegung ihrer Dienstzeit wird vorgesorgt: den tüchtigsten Wehrmännern steht der Aufstieg in das Offizierskorps der Republik offen; den anderen wird während ihrer Dienstzeit Gelegenheit zur gewerblichen Ausbildung für einen Zivilberuf geboten; die sozialdemokratischen Gemeindevorstellungen bevorzugen bei Anstellungen in den Gemeinbedienst Wehrmänner, die ihre Dienstzeit zurückgelegt haben. — Der furchtbare Gegensatz zwischen diesen verhältnismäßig demokratischen Ertragsverhältnissen und dem in der Tschechoslowakei geübten Militarismus fällt jedem Denkerden schmerzhaft auf.

Telegramme.

Italien mit Frankreich einig.

London, 18. September. (Havas.) Den „Times“ zufolge verständigte Italien die englische Regierung, sie werde sich an keinerlei gegen die Rheinländer gerichteten Aktion, sei es einer offensiven oder defensiven, beteiligen.

Neuer Brand in Smyrna.

London, 17. September. (Havas.) „Daily Mail“ meldet aus Smyrna, daß in der Stadt ein neuer Brand ausgebrochen ist. Einige Personen behaupteten, daß sie sahen, wie die Türken an dem Entstehungsorte Petroleum ausgossen. Der französische General ordnete eine sorgfältige Untersuchung an, es gelang aber nicht, einen Beweis zu erlangen. Der Berichterstatter des Blattes fügt hinzu, daß es unverständlich wäre, anzunehmen, daß die siegreichen Türken die Stadt vernichteten, die sie eroberten. Die Athener Blätter melden, daß die Kemalisten die alliierten Abteilungen verjagten, die nach Smyrna gelangen wollten. Griechenland protestierte beim Völkerratsrat gegen das von den Kemalisten verübte Massaker.

Die Londoner Verhandlungen Haversteins.

Der Konflikt zwischen der Reparationskommission und Deutschland behoben.

Berlin, 18. September. Der Reichsbankpräsident Haverstein ist nach Abschluß seiner Londoner Verhandlungen heute mittags wieder in Berlin eingetroffen. Im Laufe des Nachmittags fand eine Kabinettsitzung statt, in der Reichsbankpräsident Bericht erstattete und im Anschluß daran mitteilte, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die vom 15. Februar bis 15. Juni 1923 fälligen Schatzwechsel mit ihrer Unterschrift zu versehen. Das Reichskabinett nahm diese Erklärung entgegen und beschloß, der belgischen Regierung in Beantwortung der letzten Note eine entsprechende Mitteilung zukommen zu lassen. Damit dürften die Differenzen zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung vorläufig wieder behoben sein.

Garantieabkommen und Rüstungsbeschränkung.

Genf, 17. September. (Tsch. P.-B.) Der Dritte Ausschuss des Völkerbundes genehmigte heute den Entschließungsentwurf über die Einberufung einer internationalen Konferenz und die Ausdehnung des Washingtoner Abkommens auf alle Staaten. Ein von Lord Bisher eingebrachter

und von der Kommission angenommener Zusatzantrag befagt, daß bei den Beratungen dieser internationalen Konferenz den Verhältnissen und den Bedürfnissen der Länder besonders Rechnung getragen werden soll, die im jetzigen Zeitpunkt noch keine genügenden Streitkräfte besitzen.

In der gestrigen Sitzung des Dritten Ausschusses für Rüstungsbeschränkungen wurde plötzlich die Annahme des Entwurfes des Garantieabkommens in Frage gestellt. Die drei ersten Artikel lagen in der Form vor, in der sie der Dritte Ausschuss und das Redaktionskomitee bereits genehmigt hatten. Für den restlichen Artikel IV aber standen zwei Texte einander gegenüber: Erstens der von Lord Robert Cecil auf Grund der Beratung der letzten Ausschusssitzung neu redigierte Text und zweitens ein neuer Entwurf des französischen Delegierten Joubenel, dem ebenfalls das Redaktionskomitee zugestimmt hatte.

Der Berichterstatter der Redaktionskommission Tosti (Italien) war der Ansicht, daß sich der Text Joubenels im allgemeinen mit dem von Lord Robert Cecil decke, und daß man ihn daneben annehmen könne. Die starken und für das ganze Abrüstungsproblem entscheidenden Gegensätze kamen in den lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Lord Robert Cecil und Joubenel zum Ausdruck. Während der erstere den Garantiepakt im Wesentlichen von einer Abrüstung abhängig macht, will der zweite an eine Rüstungsbeschränkung erst herantreten, wenn ein befriedigender Garantiepakt gesichert ist. Lord Robert Cecil lehnte die letzte These vor allem mit den Worten ab, daß es Länder gibt die erst abrüsten wollen, wenn sie Garantien bekommen haben, andere Länder erst dann Garantien geben werden, wenn auch abgerüstet wird. Angesichts dieses scharfen Gegensatzes beantragte Lord Robert Cecil, daß man über die Textentwürfe keine vorläufigen Entschlüsse fasse, sondern sie dem gemischten Ausschuss für Rüstungsbeschränkungen unterbreite. Joubenel dagegen forderte sofortigen Beschluß mit der Begründung, daß Frankreich eine so wichtige Angelegenheit wie die Rüstungsbeschränkung nicht verzögern wolle. In längeren Ausführungen ließ Joubenel klar erkennen, daß es der französischen Delegation beim Paktprojekte ausschließlich auf reale Garantien ankomme und daß sie keine Verpflichtungen zu Rüstungsbeschränkungen eingehen wolle ohne vorhergehende Sicherheiten. Schließlich einigten sich De Joubenel und Lord Robert Cecil dahin, noch einmal gemeinsam einen Redaktionsentwurf auszuarbeiten, über den später beraten werden soll.

Die deutschen Arbeiter und der Wiederaufbau.

Paris, 17. September. (Havas.) Die deutschen Arbeiterverbände haben die Einladung des Generalsekretärs des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete angenommen. Bevollmächtigte mit weitgehenden Vollmachten zum Abschluß einer größeren Lieferung von Materialien für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nach Paris zu entsenden. Eine Abordnung der deutschen Verbände wird am Dienstag in Paris erwartet. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten und Bürgermeisters von Lens, Hall, wird eine Sitzung des Aktionskomitees stattfinden, der die deutschen Delegierten beizubehalten werden. In dieser Sitzung sollen wichtige Entscheidungen über die Bewirkung des Wiesbadener Abkommens, des Abkommens Bemelmann und des zwischen Stinnes und Lubersac abgeschlossenen Abkommens getroffen werden. Der Generalsekretär der C. G. T., Jouhaux, und der Vorstand des Bauarbeiterverbandes werden der Sitzung beizubehalten.

Ein Württembergisches Sachlieferungsabkommen.

Berlin, 17. September. (Tsch. P.) Die Zeitungen erfahren aus Stuttgart, daß auch in Württemberg gestern in aller Stille ein Sachlieferungsabkommen zwischen einer süddeutschen und einer französischen Interessengruppe getätigt wurde, welches für die süddeutsche Industrie von besonderer Bedeutung sein dürfte. Am 2. September wurde der Vertrag der beiden Interessengruppen unterzeichnet. Dieser Tage ist auch ein Lieferungsabkommen zwischen der deutschen chemischen Industrie und französischen Industriellen zustande gekommen, an dem der Anilinkonzern hervorragend beteiligt ist.

Die ganze Belegschaft von Bismarckhütte auf die Straße geworfen!

Bismarckhütte, 18. September. (Wolff.) Am Sonntag wurde durch Anschlag der Belegschaft der Bismarckhütte bekanntgegeben, daß infolge der letzten Vorgänge, besonders der Mißhandlung des Direktors Rohlforn, und des dauernden Minderertrages die ganze Belegschaft fristlos entlassen wird. Das Betreten der Betriebe wird gerichtlich geahndet.

Räumung der Nordmanchurei durch die Japaner.

Paris, 18. September. Aus Tokio wird gemeldet, daß die letzten japanischen Abteilungen die Nordmanchurei geräumt und sich eingeschifft haben.

Gewallen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

.....

Tages-Neuigkeiten.

Mite Leute von heute.

Mit keuchenden Lungen waren die beiden Alten in ihre zugeige Manfardensiede hinaufgestiegen. In den Frühstunden waren sie fortgegangen und hatten sich jetzt vor dem Hause zufällig zur gleichen Zeit getroffen. Den ganzen Tag waren sie auf der Suche nach Arbeit gewesen. Vergeblich wie immer! Denn schon wochenlang strebten sie danach, ihre schmale Rente durch eine kleine Nebenbeschäftigung ein wenig aufzubessern. Nun hockten sie trübselig und wortlos nebeneinander. Nur dann und wann hallte ein Seufzer durch den kleinen Raum- und einer schaute zum andern mit blinzeln-tragenden Greisenaugen für einen Augenblick hinüber; das ging aber immer so rasch, daß der andere nur nichts von dieser versteckten Teilnahme merken sollte. Jeder trug an seiner eigenen Enttäuschung schwer genug. Sie konnten einander genau; denn vierzig Jahre lang lebt man nicht umsonst zusammen.

So saßen sie eine ganze Weile. Dann humpelte das Mütterchen durch die Tür in die kleine Küche, machte sich am Herd zu schaffen, zündete Feuer an, setzte den Wasserkessel auf und ließ die alte Kaffeemühle, in die sie gebrannte Gerstentörner getan, marren. Das ging ganz langsam und bedächtig; die alten Finger wollten nicht mehr so flink zugreifen. Der Alte stierte noch immer stumm vor sich hin, als ihm seine Frau die helle, gelbe Kaffeelasse hinschob und die braune, dampfende Flüssigkeit eingoß. O, wie bitter und hart und schwer war doch das Leben geworden! Ohne Ausblick, ohne Ruhe, ohne Zuversicht, ohne Freude und Licht! Und waren doch beide nun schon über siebzig Jahre alt, und hatten ihr ganzes Leben lang schwer und redlich gearbeitet. War es nicht furchtbar, jetzt verhungern zu müssen?!

Ganz still war es in dem kleinen Raum geworden, in dem nun die Dämmerung allgemach zu schatten begann. Keines hatte ein Wort von alledem, was ihm durch den Kopf ging, gesprochen. Unwillkürlich aber waren sie einander nähergerückt. Und mit einemmal lag die dick und blau gedörrte Hand des Alten auf der weissen Hand der Frau. Ganz leis, ohne jeden Druck lag sie darauf, und aus den Augen der Greisin tropften große, heiße Tränen . . .

Reite Zustände auf den Schwarzenbergischen Gütern. Der Herr Dr. Schwarzenberg, der ungetrübte König des Böhmerwaldes, führt unter seinen Angestellten gegenwärtig eine Abstimmung durch. Die Angestellten erhielten vor einigen Tagen je einen Zettel des Inhaltes: „Ich bin mit der Entzignung des Großgrundbesitzes einverstanden“ beziehungsweise „Ich bin mit der Entzignung des Großgrundbesitzes nicht einverstanden“. Jeder Angestellte legt nun einen der beiden Zettel in ein Kuvert, die Äußerung werden verschlossen, worauf sie abgepackt und Herrn Schwarzenberg eingeschickt werden. Das Frächtigste an dieser „geheimen“, vollkommen „unbeeinflussten“ Abstimmung ist aber die Weisung, daß sich jeder Angestellte auf dem Kuvert unterschreiben muß. So werden die Angestellten dazu gezwungen, sich gegen die Entzignung des Großgrundbesitzes auszusprechen, weil sie sonst auf das Pflaster fliegen.

So behandelt der von unseren Deutschbürglichen in den Himmel gehobene Großgrundbesitz seine Angestellten. Der Zustand auf den Schwarzenbergischen Gütern wird auch beleuchtet durch die geltende Dienstordnung, die am 1. Mai 1914 erlassen wurde und noch heute in Kraft steht. Der Wert der ganzen Dienstordnung ist daraus ersichtlich, daß laut § 1 Absatz 3 die gesamten Bestimmungen dieser Dienstordnung „von Seiner Durchlaucht oder den Vorständen“ geändert und aufgehoben werden können. Die Dienstordnung dient also nur dem Schein. In Wirklichkeit herrscht die Willkür des Schwarzenberg und seiner Kreaturen. Der Besitzer der Herrschaft kann einen Angestellten von einem Posten auf den anderen versetzen, das hängt „ganz von dem Ermessen des hohen Dienstherrn ab“. Wie weit die Rechte des „hohen Dienstherrn“ gehen, ist ersichtlich aus dem § 15, in dem festgesetzt wird, daß die Vermählung der Angestellten nur mit ausdrücklicher Bewilligung „Seiner Durchlaucht“ gestattet ist. Eine Reihe von Bestimmungen erinnert ganz an das alte Dienstreglement der österreichisch-ungarischen Armee. Es ist da von Unteroffizieren und Vorgesetzten, von hohen und niederen die Rede, der Herr Schwarzenberg fühlt sich eben noch als ein kleiner König auf seinem Besitz. Er muß natürlich alles wissen, was auf seinem Besitze vorgeht, wenn ein Angestellter den anderen klagt, muß dies dem „hohen Dienstherrn“ gemeldet werden. Die Gattinnen der Angestellten dürfen misshandeln, aber einen fest bedingenen Lohn bekommen sie dafür nicht. Die Remuneration steht wieder im Ermessen des „hohen Dienstherrn“. Was für ein Abalier der „hohe Dienstherr“ ist, geht daraus hervor, daß Herr Schwarzenberg jede Erfindung, die ein Angestellter macht, unter seinem Namen patentieren lassen kann, damit er sich der taunenden Welt als ein besonders geistreicher Kopf vorstellen kann. Und es gibt noch Dumme, die ihm all das glauben. Wie großmütig dieser edle Aristokrat ist, sei daran gezeigt, daß der Stempel des Anstellungsbriefes eines Angestellten zur Hälfte von diesem getragen werden muß. So ergibt sich auch aus diesem Dienstvertrag eine Charakteristik eines dieser „Edelsten und Besten“, die mit den Lobeshymnen, welche man diesen Herrschaften sang, in schreiendem Widerspruch stehen. Sie sind um nichts besser als alle anderen Ausbeuter.

Eine Rundgebung der Arbeiterschaft Nablings. Am 17. September 1922 wurde in Nablung durch die Partei und die Gewerkschaften eine Versammlung abgehalten; das Referat erstattete Genosse

Stangl aus Znaim über die Ursachen der Wirtschaftskrise und die daraus folgende Arbeitslosigkeit. In scharfen Worten kritisierte der Redner die Politik der Regierungsmänner. Die arbeitende Klasse, welche sich in fortwährender Not befindet und sich von den furchtbaren Folgen des Krieges nicht erholen konnte, wird auch in diesem Kampfe sich zu wehren wissen, und dem volkschädigenden Kapitalismus Trotz bieten. Der Redner führte zum Schluß alle Vorkehrungen und Aktionen des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren, sowie der Gewerkschaften an und begründete die Forderungen der Arbeiterschaft. Dem Redner wurde stürmischer Beifall zuteil.

Groß-Pilsen. Die Gemeindevorstandung für Groß-Pilsen hat beschlossen, ein Besuch zwecks Zusammenziehung der Gemeinden Boleweh, Bogtow, Doubrawka, Doudleweh, Lobeg und Strynau mit der Pilsener Gemeinde einzureichen. Diese vereinigten Gemeinden sollen den Namen Groß-Pilsen tragen.

„Ein Strom neuen Blutes und neuen Mutes . . .“ Die Hakenkreuzbrüder im Reiche sind ihren armeneligen Vettern in diesem Staate wirklich weit überlegen. Denn während das Zentralorgan der hierzulande vorkommenden Hakenkreuzler erst zu der Erkenntnis kommt, daß ein Strom neuen Blutes und neuen Mutes fließen wird, plätschert dieser Strom in München bereits ganz kräftig. Darüber berichtet die „Münchener Post“: „Die hitlerische nationalsozialistische Kampfgarde geht von ihrer antisemitischen Gewaltpropaganda zu Taten über. Am Sonntag vor acht Tagen kam ein Trupp Hakenkreuzler in das Deutsche Theater-Cafe, um Staudal zu machen. Die Gäste erwiehen sich der Burtschen und festeten sie mit Nachdruck an die Luft. Mittwoch abends nach elf Uhr kamen wiederum etwa vierzig meist halbwüchsige Burtschen, denen „für alle Fälle“ ein paar ältere Leute zugesellt waren, in das Deutsche Theater-Cafe, verteilten sich an den Tischen, zogen ostentativ ihre Hakenkreuze aus der Tasche und stellten sie an den Rodtügen. Sie bestellten sich, wahrscheinlich um gleich Burtschgeschosse bei der Hand zu haben, sämtlich Flaschenbier. Einer der Rodtügen pöbelte einen älteren Herrn, der Jude ist, an, obwohl der Mann still an seinem Tische saß. Der Inhaber des Cafés ging darauf auf den Burtschen zu und eruchte in höflicher Weise, den Gast unbehelligt zu lassen. Das war für die ganze Gesellschaft das Signal zum Losschlagen. Sofort fuhren Gummiknüittel und armlange Ochsenfiesel aus den Ärmeln und der inneren Rodtache und die Hakenkreuzler schlugen auf die Gäste ein. Sie wurden aber nach kurzer Zeit schon von den Gästen hinausgeworfen, nachdem sie weidlich durchgeprügelt worden waren. Aus Rache schlugen die Burtschen mit Säcken die auf den Durchgang hinausgehenden Fenster des Cafés ein. Der dadurch erwachsene Schaden beläuft sich auf mindestens 20.000 Mark.“ — Na, das wird ein feines Fressen für unsere Selben werden, wenn der bewohnte „Strom“ hierzulande auch aus derselben Alosche fließt wie in München.

Beim Geldbad hört der Nationalismus auf. O Müch darf sich wohl rühmen, die einzige Stadt zu sein, in der das „Narodni Dum“ einen — deutschen Pächter besitzt. Die Besitzerin des „Narodni Dum“, die „Erste tschechische Baugenossenschaft in Olmütz“, hat nämlich das Unternehmen an den Hotelier Spitalshy verpachtet. Spitalshy soll nun diese Pacht mit einem stillen Gesellschafter, der deutschen Firma Teltshy und Stattauer aus Nilsolzburg geteilt haben. Die ganze Geschichte kam durch den „Ceskoslovensky Denik“ ans Tageslicht, der behauptete, daß Spitalshy die Pacht an die deutsche Firma in Nilsolzburg direkt weitergegeben hat und daß diese Firma nun den Betrieb von einem Deutschen aus Schönberg leiten lasse. Ob dieser Veröffentlichung herrschte in der Olmützer tschechischen Gesellschaft die größte Aufregung, der „Pozor“, das nationale Blatt von Olmütz, legte sich ganz kräftig ins Mittel, um die Ehre des tschechischen Rationalhauses zu retten und — den Vorteil hatte das „Narodni Dum“, in dem nun die Olmützer Deutschen mit Vorliebe verkehren, nachdem es ja in Olmütz jetzt allgemein „Deutsches Haus“ genannt wird und dann dort noch dazu seit Wochen eine deutsche Salonkapelle Konzerte veranstaltet. Spitalshy soll auch die ganze Einrichtung an seinen „stillen Gesellschafter“ veräußert haben. Die etwas antichische Angelegenheit zieht in Olmütz immer größere Kreise in den Standaltrübel hinein. Versammlungen werden veranstaltet, die tschechische Presse schimpft wie noch nie auf einander — und die schlauen Köpfe, die das ganze eingeschädelt haben, lachen sich ins Häuschen, denn ihnen dient der Nationalismus nur als Rückendeckung, damit sie dann, geschäft vor lästigen Chawwinisten, ihre Geschäfte auf Kosten beider Nationen durchzuführen können.

Stinnesellame. Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ richtete an die Presse-Abteilung der deutschen Reichsregierung folgendes Schreiben:

Am 8. September veröffentlichte die „Tägliche Rundschau“ mit der Ueberschrift „Die Erfüllungspolitik ist tot“ folgende Stelle aus einem Telegramm, das ich am 8. Sept. dem „Manchester Guardian“ telegraphierte:

A. London, 8. September.
Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ telegraphiert seinem Blatte:
Der zwischen Dugo Stinnes und Graf de Lubersac abgeschlossene Vertrag ist von größter politischer Bedeutung. Die Erfüllungspolitik des Dr. Wirth ist nun tot und die Initiative für eine deutsch-französische Verständigung ist in andere

Hände übergegangen. Dr. Wirths Regierung ist nur noch eine Fiktion, die weder die deutsche Politik leitet, noch beeinflusst. Es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieser Vertrag die Bedingungen für eine allgemeine wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich darstelle. Das offizielle Frankreich gewöhnte sich immer mehr an den Gedanken, daß auf diesem Wege eine Entspannung zwischen den beiden Ländern herbeigeführt werden könnte, die in gleicher Weise für Deutschland wie für Frankreich Vorteile habe.

In diesem Auszug fehlt der Satz: „Er (der Stinnes-Vertrag) wurzelt in dem Wiesbadener Abkommen, der das Werk Walter Rathenaus war.“ Ferner enthielt mein Telegramm den Satz:

„Der Stinnes-Lubker-Vertrag ist die erste Frucht der verstorbenen Erfüllungspolitik, deren größter Exponent Dr. Walter Rathenau war.“

Der Auszug, wie er in der „Täglichen Rundschau“ zitiert wird, ist also irreführend. Zwar bin ich der Ansicht, daß sich die Wirtschaftliche Erfüllungspolitik überlebt hat, denn die Initiative zu einer deutsch-französischen Annäherung ist sehr von der Industrie ergriffen worden, aber die Atmosphäre, ohne die eine solche Annäherung unmöglich gewesen wäre, wurde durch die Erfüllungspolitik und durch das sehr hohe Ansehen, das sich Wirth und Rathenau im Ausland erworben, geschaffen. Es ist zu bedauern, wenn deutsche Blätter, wie die „Tägliche Rundschau“, die Stimmen ausländischer Berichterstatter durch ungenaue Wiedergabe ausnutzen, um letztere Tatsachen zu verschleiern.“

Wir glauben nicht, daß die Stinnespresse die „Allgemeine Deutsche Zeitung“ druckte das Telegramm gleichfalls ab) von dieser Zurechnung ihrer Lobhudelei für die Industriellen besonders erbaut sein wird. Der aufgedeckte Telegrammschwindel beweist jedenfalls aufs neue, daß der kapitalistischen Presse an einer bewußten Irreführung der öffentlichen Meinung dann nichts gelegen ist, wenn ihr, vielmehr ihren Hintermännern, daraus ein Gewinn erwächst.

Vielefeld für das Alkoholverbot. In Vielefeld fand der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ zufolge eine vom Arbeitsausschuß der alkoholgegnerrischen Vereine Vielefelds im ersten Polizeibezirk veranstaltete private Probeabstimmung über ein Alkoholverbot statt. Es stimmten von etwa 14.075 Wahlberechtigten 14.064 ab, und zwar 12.626 = 89,78 Prozent mit Ja, 416 = 2,96 Prozent mit Nein, 1026 = 7,26 Prozent enthielten sich der Wahl oder vertagerten die Stimmabgabe. Der erste Polizeibezirk in Vielefeld ist der größte der vier Vielefelder Stadtbezirke. Er umfaßt 24.238 Einwohner, das heißt 29,1 Prozent der 83.479 Seelen zählenden Einwohnerzahl.

„Ihr müßt hassen lernen!“ Nachdem den deutschnationalen Worbüben in Deutschland ihr Mörderhandwerk gelegt wurde und sie sich infolgedessen nicht mehr aktiv ihrem geliebten „Vaterlande“ (in diesem Falle Prag auf verhaftete Politiker) hingeben können, so widmen sie sich jetzt intensiv der „Erziehung“ der Jugend. Bei den Tagungen der verschiedenen Jugendbünde nehmen sie sich dann den Mund voll und glauben, durch hochflingende Phrasen etwas „für das Volk“ getan zu haben. So sagte der berüchtigte Oberst von Ahlander auf der pommerischen Tagung des Jugendbundes „Bismarck“:

„Ihr müßt auch hassen lernen. Es ist in Wirklichkeit nicht unchristlich (!) . . . Dieser Haß ist heilig. Haß gegen alle, die uns gemordet haben, die uns verfluchen wollen. Haß gegen alle, die unser Volk so elend gemacht haben. Haß auch gegen die, die keine Deutschen sind, die man nicht lieben kann, die unser Volk vergiftet haben. Die, die in planmäßiger Arbeit die Revolution begonnen haben, müßt ihr auch hassen usw.“

Wir brauchen diese Menschen um ihre Hoffungen nicht zu beneiden. Denn sie tun niemandem weh.

Ein Millionenbetrüger. Der Betriebsleiter der Wiener Ziegelwerke A. G. Zacharias, ein gebürtiger Regensburger, ist unter dem Verdachte von Unterschleifen verhaftet worden, deren Schadenssumme mehrere 100 Millionen beträgt. In seiner Wohnung wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei Werte von etwa einer Milliarde beschlagnahmt wurden.

Roth ein Millionenbetrüger. Aus Budapest wird berichtet: Gegen den Bankkommissar Alexander Palffy wurde gestern ein Haftbefehl erlassen, weil gegen ihn mehrere Betrugsanzeigen erstattet worden waren. Palffy hat sich im Laufe des Vormittags freiwillig bei der Polizei gemeldet, wo er in Haft genommen wurde. Den Blättern zufolge soll er mit den Geldern seiner Klienten die waghalsigsten Spekulationen unternommen und hierbei riesige Verluste erlitten haben. Der Betrag, um den er seine Kommitenten geschädigt hat, soll sich auf 3—400 Millionen Kronen belaufen.

Verabschung der Theaterpreise in Wien. Aus Wien wird gemeldet: In den Wiener Privattheatern werden, wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, von morgen ab die Eintrittspreise wesentlich herabgesetzt werden. Die Direktoren der Privattheater sehen sich zu diesem Preisabbau durch die Tatsache veranlaßt, daß der Besuch der meisten Privattheater seit Eröffnung der Herbstsaison sehr gering war.

25 Jahre Prager Straßenbahn. Gestern begingen die elektrischen Bahnen der Hauptstadt Prag das 25jährige Jubiläum ihres Bestandes als selbständiges Unternehmen der Gemeinde Prag, das am 18. September 1897 durch Eröffnung der Fahrt auf der Strecke „Museum—Nizkov—Wolfschan“ ins Leben getreten ist. Ueber die Entwicklung der elektrischen Betriebe wurde ein umfangreicher statistischer Bericht herausgegeben. Aus demselben geht hervor, daß vom Jahre 1897 bis Ende 1921 gegen Fahrkarten im ganzen 1.150.336.129 zahlende Personen befördert und 287.368.456 Kilometer zurückgelegt wurden; die Zahl der gegen Fahrkarten im Jahre 1897 beförderten Personen betrug 1.334.930 und im Jahre 1922 99.761.011 zahlende Personen.

Eine Paskerfahrt im Hemd. Unserm Barnsdorfer Bruderblatt wird aus Nürnberg folgendes nette Geschichtchen berichtet: „Einen der letzten warmen Sommer Tage benötigte eine hiesige Dame dazu, im Automobil eine Balnearie nach Jittau zu unternehmen. Um vor den gestrengen Grenzen sicher zu sein, trug sie lediglich einen Mantel, ein Hemd, Strümpfe und Schuhe auf der Hinfahrt. In Jittau kaufte sie dann mehrere seidene Röcke, ein Kleid und eine Bluse. Als sie aber wieder heimfuhr, fanden an der Grenze die Finanzwachbeamten Gefallen an der schönen Frau und besonders an ihren reizenden Kleidern, ließen sie aussteigen und auch sich entkleiden. Der Chauffeur fuhr mit einem Brieflein an den Warten nach Nürnberg. Dieser raffte hastig Kleidungsstücke seiner „teuren“ Gattin zusammen, tat Geld, viel Geld in seinen Beutel und löste das hereingefallene Frauchen aus.“

Muttschande. In Troppau wurde ein Verwalter festgenommen, der mit seiner 27jährigen Tochter ein Verhältnis unterhielt, dem zwei Kinder entsprossen. Nach längerem Zeugnis gefand die Tochter den Verkehr mit ihrem Vater ein und erklärte, daß ihr Vater sich schon an ihr vergangen habe, als sie noch 17 Jahre alt war. Vater und Tochter sind mit venerischen Krankheiten behaftet. Die dem unzüchtlichen Verhältnis entsprossenen Kinder sind bereits gestorben. Der Verwalter wurde dem Gerichte, seine Tochter dem Landeskrankenhaus zur Behandlung übergeben.

Literatur und Lehrmittel der Bürgerkunde und bürgerlichen Erziehung werden in den Tagen vom 20. bis 23. d. M. von 9—12 Uhr, am 24. d. M. von 9—12 Uhr im Tschechoslowakischen Pädagogischen Normalschul-Institut in Prag III, Letenská 5, frei zur Ansicht aller Interessenten ausgestellt.

Tschechischschule in Prag-Zitlow. Der „Městky osvětový sbor“ in Prag-Zitlow veranstaltet (Beginn Anfang Oktober) unter anderem auch einen dreimonatlichen Tschechisch-Schnellkurs. Vortragend: Dr. Blahau, Wittich und Freitag in der Woche.

Bahnunfall. In Bráz wurde am Samstag in der Nähe des Staatsbahnhofs der Wagenmeister der Staatsbahn Friedrich Wanka von einem Waggon erfasst und zur Seite geschleudert. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopfe und wurde sofort ins Krankenhaus gebracht.

Lebensmüde. Der Prager Polizeibericht meldete gestern vier Selbstmorde und einen Selbstmordversuch, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag in Prag verübt wurden. In dem Verichte heißt es: Gestern um 5 Uhr früh beobachtete eine Sicherheitspatrouille, wie von der Brücke der Region ein unbekannter Mann in die Moldau sprang und sofort unter dem Wasser verschwand. Alle Rettungsversuche blieben erfolglos. — Nach 7 Uhr morgens wurde im Baumgarten nächst dem Teiche ein unbekannter 25jähriger Mann mit durchschossener Schläfe aufgefunden. Der Mann war von mittlerer Statur und mit einem schwarzen Smoking, einem Sammetmantel sowie schwarzen Schuhtiefeln und einem grauen Velourhute bekleidet. — In der Nacht vom Sonntag zum Montag erhängte sich der 54jährige Gastwirt Josef Bekarel in Smichow wegen eines unheilbaren Leidens. — In den Parolanlagen beim Wasserwerk (Schloß) der Pilsarbeiter Wenzel Budil aus Prag II vier Schüsse in die Brust. In schwerem verletzten Zustande wurde er ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist besorgniserregend. — Am Rommensplatz nahm der Beamte Franz Saeina aus Königshof Gift zu sich. Er war auf der Stelle tot.

Schwerer Unfall. Gestern stürzte auf den 34jährigen Johann Polodue aus Prag-Vieden beim Anfahren eine Eisenwalze und brachte ihm schwere Verletzungen bei. Er wurde ins Allgemeine Krankenhaus gebracht.

Kleine Chronik.

Ein Nachgefecht in Berlin. Eine blutige Schlägerei zwischen Reichswehrsoldaten und Zivilisten spielte sich in der Nacht zum Sonntag nach 11 Uhr in der Lindenstraße nahe am Vello-Milaneplatz in Berlin-We. ab. Der Streit war in einem Tanzsaal entstanden und wurde auf der Straße fortgesetzt, wobei die Reichswehrsoldaten mit Seitengewehren und Gummihäupteln vorgingen. Es gab eine ganze Anzahl von Verletzten auf beiden Seiten. Erst nach geraumer Zeit erschien ein Ueberfallkommando der Schutzpolizei, das die Beteiligten zur Wache brachte. Der Vorfall löste unter den Passanten große Erregung aus, zumal die Reichswehrsoldaten — sei es infolge von Alkoholgenuß, sei es unter den Einwirkung der Schlägerei — jede Befehmung verloren hatten und zum Teil über ganz unbetreffigte Personen herfielen.

Schleichhandel mit Silbermünzen in Beuthen. Der Staatsanwaltschaft in Beuthen gelang es, einem umfangreichen Schleichhandel mit russischen Silbermünzen auf die Spur zu kommen. Vor einiger Zeit war in Beuthen von einer Frau Wahrenmann ein Bankgeschäft eingerichtet worden, durch Mittelpersonen russisches Silbergeld aufzukaufen. Es besteht der dringende Verdacht, daß der größte Teil des Geldes nach dem Auslande verschoben wurde. Bei einer polizeilichen Durchsuchung der Räume gelang es, vier Zentner und 16 Pfund russisches Silbergeld zu be-

schlagnahmen. Die Geschäftsinhaberin wurde verhaftet, jedoch gegen eine hohe Kaution auf freien Fuß gesetzt.

Strassenbauten im lateinischen Amerika. Die starke wirtschaftliche Entwicklung, in der sich die Staaten des südlichen und mittleren Amerika befinden, zeigt sich auch in einer regen Tätigkeit im Strassenbau. Die „Verkehrstechnik“ (Berlin) macht darüber aus den verschiedenen Gebieten bemerkenswerte Mitteilungen. Die brasilianische Bundesregierung hat durch kürzlich auf europäischen und nordamerikanischen Märkten abgeschlossenen Anleihen hinreichende Mittel für solche Zwecke in die Hand bekommen. Auch mehrere Einzelstaaten haben für den Bau von Straßen bedeutende Summen im Anleihenwege beschafft. Im Kongreß von Brasilien ist ferner der Antrag eingebracht worden, der Bau einer Brücke über den Rio de Graude zu genehmigen, die den Staat Sao Paulo mit drei Nachbarstaaten verbinden würde. Ihre Länge würde 331 Meter betragen, ihre Bauhöhe etwa 2.400.000 Kilogramm. Beim Strassenbau in Brasilien wird der Rücksicht auf den schweren Automobilverkehr wohl als vorläufiger Ersatz für die fehlenden Verkehrsgelegenheiten mit der Eisenbahn so großes Gewicht beigelegt, daß man aus dem dortigen Automobilklub einen Gutachterauschuß mit gewissen Aufsichtsberechtigungen über alle Strassenbauten eingesetzt hat. In der Hauptstadt Rio de Janeiro, die jetzt über 1.000.000 Einwohner hat, laufen 8000 bis 7000 Autos. Deshalb finden dort alle Strassenarbeiten weitgehendste Beachtung. In Mexiko hat die Regierung einen namhaften Teil der Ausfuhrabgabe auf Petroleum für den Strassenbau bereitgestellt. Die Straßen sind als Zubringer für die Eisenbahnen geplant, nicht allein in den Erdgebieten, sondern auch in den anderen Teilen der Republik. Die Regierung wendet ihre Sorge namentlich den nördlichen Gebieten zu. In Verbindung mit der großen Fernstraße zwischen Nogales im Staate Sonora und der Grenze der Vereinigten Staaten wird eine große Straße entlang der Westküste bis Puerto Lobos geführt werden, etwa 1000 Kilometer lang, die die fruchtbarsten Teile des Landes durchschneidet wird. Im ganzen hat das mexikanische Ministerium des Verkehrswezens und der öffentlichen Arbeiten 10.336 Kilometer Straßen im Bau, die in diesem Jahre noch fertig werden sollen. Der Bundeshaushalt sieht dafür rund 30 Millionen Goldpesos vor. Venezuela betreibt den Bau einer Fernstraße durch Coquibacoa, um die Strassenlinie von Bella Vista und El Milagro zu verbinden. Ein anderer Bauplan für eine Fernstraße zwischen den Staaten Lara und Trujillo umfaßt auch eine Dämmebrücke über den Tucuyosfluß. In Panama ist der Bau mehrerer Straßen beschlossen worden, die San Juan de Bequeni, Carro Barca und Pacora betreffen. Die Panama-Panama-Gesellschaft baut eine wichtige Karrenstraße zur Erschließung des fruchtbarsten Bezirkes von Mensabe-Las Tablas. Im Anschluß soll in Mensabe ein Hafen angelegt werden. Paragua hat die Einweihung der Straße zwischen der Hauptstadt Asuncion und San Bernardino endgültig festgelegt. Die berührten Städte drängen auf baldige Fertigstellung dieses wichtigen Werkes. In Asuncion selbst sind mehrere Straßen und Brückenbauten für rund 2.500.000 im Gange. In Peru ist eine 90 Kilometer lange Straße für schweren Autoverkehr zwischen der Hauptstadt Lima und Pangas eröffnet worden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Eine Kammer der Arbeiter und Konsumenten. Die Minister Erba einem Redakteur des „Pravo Lidu“ gegenüber erklärt hat, so arbeiten die Ministerien für soziale Fürsorge und für Volksernährung gemeinsam an einem Gesetzent-

Rees Doort.

(20)

Am holländischer Sittenroman von Georges Cehoud.

„Und ich sage dir, daß er kommen wird, und sogar schon morgen. Ich geh' sogar ihn holen, wenn es sein muß. Hat er mir nicht seine Dienste angeboten an jenem Abend, als wir in Pütte zusammen waren?“

„Einfältiges Kind! Wie kannst du solche Wipe als Ernst ansehen?“

„Doch, ich habe recht. Und übrigens, er muß durchaus hierherkommen. Daran ist nichts zu ändern. Hörst du?“

Diese Worte sprach sie mit einer solchen Energie aus, daß ihr Bruder vor Staunen zwei Schritte zurückwich und kein Wort mehr sagte.

Wierzehn Tage später trat zur größten Verwunderung der ganzen Gegend der lustige Jürgen Jaas als Meisterknecht auf dem Weidhof ein.

Rees aber war schon am andern Tage nach seinem Weggang beim Bürgermeister Filip Sap in den Dienst getreten.

Und Hannes Andries, der nunmehr einfach, daß weder seine Klagen noch seine Drohungen einen Eindruck auf seine verrückte Schwester machen konnten, gab sich den Anschein, als nähme er die neue Lage an, aber er erwiderte im geheimen allerlei kühne Pläne, wie er ein für allemal diese verlockenden Anechte wegfallen konnte, da sonst doch noch einer von denselben den Kindern des „Boytoufend“ die Taler des alten Reits Cramp wegspülen würde.

Dritter Teil.

Die Gänseretter.

I.

Jannete wünschte nichts sehnlicher, als sein achtzehntes Jahr zu erreichen, um in die fröhliche Bruderschaft der „Gansryders“ oder „Gänseretter“ von Dinghelaar eintreten zu können.

Einstweilen mußte er sich begnügen, jeden Winter dem Bettrennen mit lebhafter Neugierde beizuwohnen. Er wußte, daß diesmal am Mittfastensonntag die Reiter wohl zwanzig an der Zahl wären. Er nannte sie einem jeden, der mit ihm darüber sprach, und vergaß keinen einzigen. Zuerst die bemerkenswerten derselben: List Sap, der Sohn des Bürgermeisters; Kris Potter, aus dem Wirtshaus „zum Weebblatt“; Bud Arrewhyn, der älteste Sohn des Schöffen, ein Unternehmer; Stan Pieter, der Neffe des Sekretärs; Ghel Dhansen, der Kupferschläger; Hein Bloel, der Müller; Rob Maas, vom „Silberbirkenhof“; Guil Serwyn, vom „Wadhof“; Pier Bantrom, vom „Epenhof“; Dolf und Roel Guda, die Zwillinge des Möllers; der Metzger Jas Raaf, ein Jude. Zu diesen bedeutenderen Mitstreitern zählte er noch Jürgen Jaas aus Beirenbrecht, „unfern Jürrie“. Dann nannte er die untergeordneten Persönlichkeiten: Monus und Stoffel Maas, die Pfingstnächte des Bürgermeisters; Guis Coryn, den Kuhhirt vom „Epenhof“; Rif, Duij und Sus Drais, die drei Steinmeße des Unternehmers Arrewhyn; und endlich als Zwanzigsten: Bauw Janders, genannt Sipibo, den Totengräber.

Jannete erzählte, sie seien zusammen am Morgen fortgeritten, um ihre schweren Zugpferde an die Last ihres Körpers zu gewöhnen; sie würden am Abend mit der Gans zurückkehren, die

sie bei einem Milchhändler von Wynghem kaufen wollten, da man im Polder keine Gänse züchtet.

Am folgenden Samstag, am Tage vor dem Rennen, sah er, wie Dolf und Roel Guda auf dem Kreuzwege vor dem Gemeindegelände zwei hohe Pfähle in die Erde pflanzten, an denen sie ein Seil befestigten, das sie aber nur so viel anzogen, daß der Gänseretter, wenn er im Trab darunter hinwegreiten würde, beim Ausstrecken des Armes den Kopf der mit den Füßen am Seile hängenden Gans ergreifen könne.

Die letzte Nacht konnte Jannete fast nicht schlafen. Schon vor dem ersten Mahnenstrei war er auf den Beinen und lief nach dem Wäse hin. Mit dem Schläge acht Uhr erschienen die Reiter auf den Straßen und den Pfaden, schwerfällig im Sattel sich bewegend, aber tapfer dreinschauend. Die herbeilaufenden Kinder und Frauen glaubten ein Bettrennen zu sehen. Die Schabracken, die Hängel, die Sättelriemen und der ganze übrige Pferdebehang, die Hüte und die neuen Westen der Reiter waren mit goldenen Borten, hellfarbigen Bändern, Franzen, Federn und zusammengebundenen Papierstreifen geschmückt.

List Sap, der vorjährige König — er hatte nämlich das letzmal der Gans den Kopf abgerissen —, trug die jetzt zum Tode verurteilte Gans am Sattel angehängt. Das arme Tier, ganz betäubt, aber noch lebend, versuchte bei jeder Bewegung des Pferdes mit den Hügeln zu schlagen, krümmte den Hals, schnatterte, und sein rundes, gutherriges Auge öffnete oder schloß sich in dem Schreden eines langsam an Todeskampfe, dessen fürchterliche Phasen jedoch erst begannen.

Neben dem König sammelten sich auf ihren Pferden der Kapitän Kris Potter und der Herold oder Leutnant Pier Bantrom, dessen Horn das Schreien des Tieres überdünnte. Die „Freudenjungen“, mit kurzen Steigbügelriemen auf ihren brei-

ten, holländischen Pferden sitzend, folgten zwei und zwei. Aber kein Pferd kam Fuß, dem Zuchtstengel der Lanze Cramp, gleich, auf dem der dicke Jürgen sich stattdlich ausnahm.

Vor dem Rennen sollten die gewekten Burtschen von Dinghelaar sich den Kameraden und den Mädchen der umliegenden Dörfer längs den Dämmen des Polders und in den Dünen der Kempen zeigen. Ihr Spazierritt, der an den bekannten Haltestellen oft unterbrochen wurde, sollte drei Stunden lang dauern, und da sie sicher waren, daß sie sich schon bald die Reife erfreuen könnten, stimmten sie aus vollem Halbe die Ballade der Gansryders, der fröhlichen Gänseretter an:

„Herbei, ihr Freunde, und bleiben wir zusammen! Es gilt, den Kopf der Gans zu kriegen — ein gutes Mittel, unser Herz zu öffnen dem Vergnügen und dem frohen Leben. Hi, hi!“

„Seht, wie sie so hübsch da hängt, die kleine Gans, wie sie sich streckt da an dem Seile. Einstweilen reiten wir daher wie reiche Herren. Der König geht voran mit seinem Kapitän und seinem Leutnant. Freunde, trinken wir den honig-süßen Wein; hernach dann werden wir uns freuen.“

„Du, Trompeter, blase einen Tusch! Ihr Jungen, haltet euch bereit, dem Biere Ehre zu erweisen. Unser König begleitet uns; am Biere wirds nicht fehlen. Bald heißt es: Doch die Gläser!“

„Du, Auser Doktor, behandle unsern König. Leffne dein Buch, Doktor der fröhlichen Brüder. Bies ohne Furcht. Er wird geheilt werden, wie ihr seht, aber er ist mir zu gesund.“ Heisa!

„Bibis noch Jungen hier aus der Gegend, Arbeiter oder Bauern, dann nur herbei! Ein jeder kann in die nummere Wilde eintreten. An Pferden wirds nicht fehlen; das garantieren wir. D, o!“ (Fortsetzung folgt.)

Wurf über die Errichtung von Arbeiter- und Konsumentenkammern.

Gold nach Prag. Am Samstag wurde — wie der „Vestnik“ meldet — ein Teil des Goldschates der Österreichisch-ungarischen Bank, der durch die Liquidierung dieser Bank der Tschechoslowakei zufällt, nach Prag überführt.

Affordräge für die Rübenföschung. Eine amtliche Kundmachung des Landeszentralarbeitsamtes in Prag berichtet über die Affordräge für die Rübenföschung des Jahres 1922. Der Hauptinhalt dieser Kundmachung enthält ungefähr folgendes: Der Affordrichtsatz für die Rübenföschung (Herausnehmen, Schneiden, Putzen, Schlichten und mit Rübenblättern zudecken) wurde für einen Wagen ausgedachter Rübe auf 60 Kronen, für einen Strich auf 90 Kronen, für einen Hektar auf 312 Kronen, für einen Wagen nicht ausgedachter Rübe aus 90 K, für einen Strich auf 138 K, für einen Hektar auf 468 K festgesetzt.

Ein neuer großer Industriekraft in Deutschland. Wie die deutschen Blätter melden, ist eine Interessengemeinschaft zwischen dem größten deutschen Eisenhüttenwerk, dem „Phoenix“, dem schon bisher Kohlengruben und Maschinenfabriken angegliedert waren und dem Norddeutschen Lloyd in Bremen erfolgt. Dadurch sichert sich dieser Konzern für seinen Export günstige Frachten.

Auf dem Wege zum Industrieverband im graphischen Gewerbe Deutschlands. Im Jahre 1919 ist in Deutschland der graphische Bund gegründet worden, dem folgende Organisationen angehören 1) die Buchdrucker, 2) die Lithographen und Steinbruder, 3) die Buchbinder und 4) die Hilfsarbeiter. Rummehr soll der Abschluß eines einheitlichen Mantelvertrages für das ganze graphische Gewerbe einschließlich der Hilfsarbeiter angestrebt werden. Die Bildung eines Industrieverbandes für die Arbeiter des graphischen Gewerbes ist in Deutschland nur noch eine Frage der Zeit. Es handelt sich noch um einige organisatorische Schwierigkeiten. Auch ist es für die Buchdrucker schwerer als für andere Branchen, sich an eine solche Einheitsorganisation mit zentralisierter Verwaltung zu gewöhnen.

Grundsätze für die Anerkennung einer Gilde in England. Im Entwurf der Statuten des Nationalen Gildrates sind folgende Grundsätze aufgestellt worden, denen eine Gilde entsprechen muß, um die Anerkennung des Nationalen Gildrates zu erhalten: 1. Sie muß dafür Sorge tragen, daß das Unternehmen von bona fide Vertretern der Arbeiter und Angestellten geleitet wird. 2. Sie muß in engem Kontakt mit den in Frage kommenden Gewerkschaften arbeiten und wenn möglich direkt aus ihnen hervorgehen. 3. Sie muß soviel wie möglich dafür sorgen, daß die Gildnarbeiter fortlaufend entlohnt werden. (Merken, Krankheit, Arbeitslosigkeit). 4. Sie darf nicht die Erzielung von Gewinnen im Auge haben. Kein Teil irgend eines Ueberschusses darf als Dividende oder Gratifikation unter die Arbeiter und Mitglieder der Gilde verteilt werden. — Diese Grundsätze werden der Zweiten Nationalen Gilderkonferenz in London (4. November 1922) zur Prüfung unterbreitet werden.

Russische Getreideausfuhr. Rußland gedenkt in der nächsten Zeit nicht weniger als zwölf Millionen Tonnen Getreide auszuführen. Es handelt sich um die Ernte im Nordkaukasus. Die offizielle russische Presse weist darauf hin, daß dieses Quantum infolge von Transporterschwierigkeiten nicht an die russische Bevölkerung verteilt werden kann.

Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich Schw. Frank 0'1740, Berlin Mark 48,93, Wien österr. Kr. 2435'—

Prager Kurse.

Table with exchange rates for Gold, Ware, 100 holl. Gulden, 100 Mark, 100 Schweiz. Frank, 100 Lire, 100 franz. Frank, 1 Pfund Sterling, 1 Dollar, 100 belg. Frank, 100 Dinar, 100 österr. Kronen, 100 poln. Mark, 100 magyar. Kronen.

Züricher Schlusskurse (Devisen).

Table with exchange rates for Berlin, Wien, Prag, Holland, New York, London, Paris, Mailand, Budapest, Agam, Warschau, Wien gest.

Kunst und Wissen.

Konzertsaal und Opernbühne als Volksbildungsstätten.

Betrachtungen zur beginnenden Theater- und Konzertsaison.

Von Edwin Janetzsch.

Wie sagt doch Shakespeare? „Zu welchem Zweck ward uns Musik gegeben? Ist's nicht, des Menschen Seele zu erheben nach erstem Studium und der Arbeit Mühe?“ Unserer modernen Zeit scheint diese Erkenntnis der großen englischen Dramatikers abhandeln gekommen zu sein. Wenigstens läßt die erschreckende Zunahme der musikalischen Schuldliteratur und die mit ihr Hand in Hand gehende Verflachung des öffentlichen musikalischen Lebens diesen Schluß zu. Dies ist im

Interesse des Volkswohles sehr bedauerlich. Denn die Tonkunst ist vorwiegend ein Vorzugsbesitz der Reichen, an deren Tischen das Volk sich musikalischer Genüsse erfreuen soll, da es selbst immer die Mittel und Möglichkeiten hat, sich den köstlichen Besitz musikalischer Kenntnisse anzueignen. Wir sind leider weit entfernt von der musikalischen Durchdringung des Volkes, von einer zweckentsprechenden, für das Volkwohl so notwendigen musikalischen Volkserziehung. Die schüchternen Anfänge, der musikalischen Erziehung auch in unseren Volksschulen einen entsprechenden Raum zu gewähren, liegen kaum zehn Jahre zurück, nämlich seit der im Spätherbste des Jahres 1911 erfolgten Einführung des neuen „Lehrplanes für achtklassige Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache in Böhmen“. Raum gläublich, wie primitiv die Musikerziehung unserer Jugend vor diesem Zeitpunkte war, gar wenn man erwägt, daß schon die Kulturvölker des Altertums, allen voran die Griechen, in der Musik ein Haupterziehungsmittel erblickten. „Die Musik vermag unseren Charakter zu bilden; ist dem aber so, so ist klar, daß wir unsere jungen Leute darin unterrichten müssen.“ Das ist in den Schriften des großen griechischen Philosophen Aristoteles zu lesen.

Die doppelte Wirkung der Musik, ihre moralische und ästhetische, verleiht uns, sie nach Möglichkeit dem Volke mitzuteilen, das Volk zu ihrem Genusse heranzuziehen. Sei es auch mit Opfern an Geld und Mühe! Der Mangel besonderer Gelegenheiten zur musikalischen Erziehung des Volkes zwingt uns, die beiden kardinalsten öffentlichen Musikbildungsstätten, Opernbühne und Konzertsaal, mehr als bisher für die musikalische Volkserziehung zu reklamieren. So wie die Schaubühne soll auch die Opernbühne und der Konzertsaal eine moralische und ästhetische Bildungsstätte für das Volk darstellen. Und jemehr die Bewusstseinsbildung der Tonkunst sich ausbreitet und sie mählich zu einem Vorzugsbesitz eines engeren musikalisch gebildeten Kreises macht, desto mehr müssen wir darauf bedacht sein, uns der Moral der Menschen beeinflussenden Musik zum Wohle des Volkes zu versichern. Und zwar einmal durch Regelung der gegenwärtig unerschwinglich hohen Eintrittspreise, zum anderen durch Hebung des künstlerischen Niveaus der Veranstaltungen.

Zur Regelung der Eintrittspreise ist nichts neues zu sagen, was jeder Musikbegeisterte dem Volke nicht selbst wüßte. Die große Masse des musikalisch liebenden Volkes hat infolge der stetig steigenden Theater- und Konzert-Eintrittspreise längst auf alle musikalischen Genüsse verzichtet gelernt. Nicht ungerühmter Weise bespöttelt man das Benehmen der neuen Reichen in Theater- und Konzertsaal, die das gesellschaftliche Bild dieser Kunststätten vollkommen verändert haben. Hier hilft nur, wie auf allen übrigen Gebieten des praktischen Lebens — Preisabbau! Konzert- und Theaterdirektoren müssen genau so wie Geschäftsmänner und Handwerker einschätzen lernen, daß die Willkürzeit 100- und 1000prozentiger Gewinne endlich aufhören und der Uebung bescheidenerer früherer Gewinne Platz machen muß. Wenn schon jenen, die sich als die „oberen Zehntausend“ fühlen, und sich besser als die anderen dünken, bevorzugte teure Plätze eingeräumt werden, damit sie das Hochgefühl ihres Genusses verdoppeln, wenn ihre besseren Körperteile bessere und teurere Plätze benützen, so sollen dafür einzelne Platzkategorien durch die Erträglichkeit ihres Preises wieder in genügender Menge dem kunstbedürftigen Volke zugänglich gemacht werden. Vielleicht liegt sogar darin die Regelung der Frage der Eintrittspreise, die bevorzugten Plätze noch teurer als bisher zu bemessen, die übrigen aber im Verhältnisse doppelt zu erniedrigen.

Weit schwieriger als die Preisregelungsfrage in Theater und Konzertsaal erscheint mir die der Hebung des künstlerischen Niveaus der Veranstaltungen. Weil sich die Verfeuchung des künstlerischen Geschmades des Publikums bereits in einem vorgeschrittenen Stadium befindet. Im Theater gefallen nur mehr Potentien und Operetten, unter denen sich auch wieder nur die nichtswürdi-

Alle Lokalorganisationen, Bezirksorganisationen, Kreisorganisationen, Gewerkschaftsorganisationen, Buchhandlungen, Schriftenabteilungen und alle Organisationen der Parteimitglieder, Kolporture und Parteigenossen

Alle sollen den Vertrieb des Tetschner Parteitagssprotokolls 1921 organisieren, die Einzelbestellungen sammeln und sobald die Gesamtabbestellungen zichten an das

Secretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Tetsch-Schönbau, Seilerstraße 1. Das Protokoll kostet im Einzelverkauf 26 Kronen, bei Bezug bis zu zehn Stück 24 Kronen, bei Bezug von elf bis fünfzig Stück 22 Kronen 50 Heller, bei Bezug von über fünfzig Stück 20 Kronen ausschließl. Porto)

WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKÁ UL. 7. hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche, Gummimantel, Kravatten, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel in unerreichbar billigen Preisen!

gen und Pufferlich wirksam durchsehen, im Konzertsaal hat nur Sensation und Reizame oder bluffendes Kunstproletentum Erfolg. Dieser klägliche, kunstunwürdige Zustand kann sich nur ändern, wenn zwei Hauptgedanken unser öffentliches Musikleben künftig befeelen. Der eine, daß Opernbühne und Konzertsaal moralische Bildungsanstalten der Kunst sind, der andere daß für die Erziehung und Bildung des Volkes das Beste gerade gut genug ist. Diese Gedanken in die Tat umzusetzen ist Sache der Konzertunternehmer und Theaterdirektoren. Von ihnen erwarten wir und das Volk Rettung aus dem gegenwärtigen Kunstverfall. Denn erziehen und bilden sollen die Künstler das Volk oder Publikum, nicht aber dürfen umgekehrt jene dem Geschmade dieses bereitwillig Rechnung tragen, nur um ihren Geldbeutel recht zu füllten. Der Erfolg erzieherischer Bestrebungen kann nicht ausbleiben, wenn er sich vielleicht auch nicht sofort einstellt. Denn das Bedürfnis der Menschen nach der erheiternden und die Seele erfrischtenden Musik ist zwingend. Wenn man dem Publikum die bisher gewohnte schlechte Kost nach und nach entzieht, wird es sich umso freudiger dem Genusse edler Musik hingeben. Oder wäre die ästhetische Defizienz der menschlichen Gesellschaft unserer Tage schon so weit gediehen, daß von Haus aus Heilungsversuche ansichtslos sind? Wir wollen doch lieber optimistisch gesinnt sein und an Künstler und Publikum appellieren, daß eine Veredlung unseres öffentlichen Musiklebens zustandekomme zum Wohle der Künstler, ihrer Kunst und vor allem des Volkes, für das Konzertsaal und Opernbühne unerlässliche musikalische Bildungsstätten sind! Denn vielleicht liegt in der größeren Popularisierung der Tonkunst sogar die Wiederverneuerung ihrer ästhetischen und moralischer Grundlagen verankert.

Neues Theater. Heute, den 19.: „Das verwunschene Schloß“; Mittwoch, den 20.: „Bajadere“; Donnerstag, den 21.: „Freiheitskämpfer“; Freitag, den 22.: „Der letzte Walzer“; Samstag, den 23.: „Bajadere“; Sonntag, den 24.: nachm. „Königslieder“, abends Puccini-Einakter; Montag, den 25.: „Bajadere“.

Kleine Bühne. Mittwoch, den 20.: „Vatermord“; Donnerstag, den 21.: „Bretter, die wir spielen“; Freitag, den 22.: „Vatermord“; Samstag, den 23.: „Bretter, die wir spielen“; Sonntag, den 24.: nachm. „Rondogola“, abends „Vatermord“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Freiwaldau. Sonntag, den 24. September in Böhmischdorf (Halb 11 Uhr, „Berthel“) Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Berichte, Organisatorische Fragen, Bildungsarbeit, Neuwahlen und Allgemeines.

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs- und Anzeigen-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Arbeiter-Kalender, Arbeitertaschentalender, Arbeiter-Jahrbuch 1923. Mitte des Monats Oktober erscheinen die beiden ... der Arbeiter-Kalender wird 6 Kronen und das Arbeiter-Jahrbuch 1923 7 Kronen kosten.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker der böhmischen Hochschulen in Prag II, Smetichlagasse 27. Verein deutscher Arbeiter. Amts- und Bibliothekstunden Dienstag und Freitag 6-7 Uhr. Mitgliederanmeldungen daselbst.

Turnen und Sport.

Fußball. Prag. AC. Sparta gegen Union Zizkow 3-0 (3-0). Beide Mannschaften unter jeder Form. Slavia gegen Sparta Klavno 1-0 (0-0). Slavia gewinnt mit viel Glück, obwohl sie technisch die bessere war. Geheie Karlin gegen A.S. Brdovice 3-2 (1-1). Viktoria Zizkow gegen Meteor Weinberge 3-0 (2-0). Meteor VIII gegen Krotchaby 1-1 (1-0). Kufelstý SK gegen SK Klavno 4-3 (3-0). ČSFR gegen ZSK. Fogibor 3-0 (1-0). Deutsche Sportbrüder gegen Union VII 4-3 (3-0). Malostranský SK gegen DFC. Erjav 4-2 (2-0). Russe gegen A.S. Karlin 3-2. Provinz. Brunn. Zidenice gegen Moravská Slavia 5-0, Wader-Wien gegen Bränner SK. 7-2 (5-0). Achilles gegen Vorwärts 3-1. Dimüg. SK. Domouce gegen Malabi-Pröknitz 5-1. Pröknitz. Hanacka Slavia-Krenier gegen SK. Prostějov 3-2. — Deutschland. Der Kampf um die deutsche Meisterschaft. Die „Prager Presse“ meldet aus Würzburg: Der Epiklausch des DFB. beschloß in seiner hier abgehaltenen Sitzung die dem Pamburger Sportverein zugesprochene Meisterschaft pro 1922 wieder abzugeben. Die Beschlussfassung über die Entscheidung der Meisterschaft steht noch aus. — Oesterreich. Meisterschaft. 1. Klasse: Rapid gegen Vienna 3-0 (3-0), Amateure gegen Wiener Sportklub 3-1 (0-0). Beide Spiele fanden am Viennaplatz auf der „Hohen Warte“ vor 45.000 Zuschauern statt. Fakoah gegen WBF. 3-1 (2-1). Hertha gegen Rudolfsbügel 1-0 (1-0). Simmering gegen WAC. 2-1 (1-1). Admira gegen Floridsdorfer AC. 5-1. — 2. Klasse: Slovan gegen Simmeringer Sp.-Bg. 3-3. Germania gegen Rüdolfshofen 1-1. Neubau gegen Bewegung XX 1-0. Sportfreunde gegen Erideter 2-0. Donaufeld gegen Baumgarten 1-0. Sturm 14 gegen Donau 2-1. Ostmark gegen Red Star 0-3. Rüdoldorf gegen Sturm 07 1-2. Straßenbahner gegen Versthof 0-3.

Schwimmen. Der Schwimmwettkampf Magdeburg gegen Budapest brachte, einem Berichte der „Pr. Pr.“ aus Magdeburg zufolge, einen knappen 8:7-Sieg der Deutschen. Hellas verbesserte den 4x50 Meter-Lagenstaffel-Weltrekord auf 2:07. Wasserball: Deutschland gegen Ungarn 4-3 (4-2), Budapest gegen Magdeburg 7-4 (7-2).

PALMA Kautschuk Absatz und Sohle. Unerreicht an Passform und Haltbarkeit. Ersetzen das teuere Leder. D.S. 1028

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angekauften Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Lato die beste Milch-Schokolade besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.